

Inhalt

Die Delegation des Königreichs Norwegen	3
Vorwort	4
Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1997	6
<hr style="width: 20%; margin-left: 0;"/>	
1. Einleitung	7
2. Die National Model United Nations Conference	8
3. Die UN-Study Tour	10
3.1 Secretariat Briefing on Social Development	11
3.2 Secretariat Briefing on UNDP	13
3.3 Secretariat Briefing on UNCTAD	14
3.4 Secretariat Briefing on UNICEF	15
3.5 Secretariat Briefing on the General Assembly	17
4. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen	18
5. Das Königreich Norwegen: Ein Überblick	23
6. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung Norwegens bei den Vereinten Nationen	24
7. Die Arbeit der Norwegischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1997	25
7.1 Norwegen in der Generalversammlung	25
7.2 Norwegen im Ersten Ausschuß der Generalversammlung	27
7.3 Norwegen im Dritten Ausschuß der Generalversammlung	31
7.4 Norwegen im Sechsten Ausschuß der Generalversammlung	33
7.5 Norwegen in der Kommission für Soziale Entwicklung (CSD)	39
7.6 Norwegen im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	41
7.7 Norwegen im Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)	43
7.8 Norwegen in der Welthandelsorganisation (WTO)	46
7.9 Norwegen in der NATO	48
8. Working Paper	52
9. Resolution	54

National Model United Nations 1997 Delegation des Königreichs Norwegen

Bernhard Braune	Jura	FU Berlin	GV, 6. Ausschuß
Markus Bürgin	Philosophie, Soziologie	FU Berlin	GV, 3. Ausschuß
Lena Corell	Politologie, Sinologie, Soziologie	FU Berlin	Comm. Social Development
Florian Drücke	Jura	FU Berlin	UNICEF
Volker Holtfrerich	Politologie, Geschichte, Soziologie	FU Berlin	NATO
Kai Jenderny	Jura	FU Berlin	WTO
Pascal Jentsch	Politologie	FU Berlin	Generalversammlung
Meltem Kantarci	Politologie	FU Berlin	Comm. Social Development
Hans-Hinrich Lindemann	Jura	FU Berlin	GV, 6. Ausschuß
Henrik Moritz	Jura	FU Berlin	UNICEF
Susanne Paul	Politologie	FU Berlin	UNDP
Alexander Pfennig	Jura	FU Berlin	Generalversammlung
A. Eckehart Urban	Biochemie	FU Berlin	GV, 1. Ausschuß
Stefanie Welter	BWL	FU Berlin	WTO
Holger Wettingfeld	Politologie	FU Berlin	GV, 3. Ausschuß
Johannes Wingler	Politologie, Arabistik	FU Berlin	GV, 1. Ausschuß
Head Delegate			
Sachka Stefanova	Politologie, Jura	FU Berlin	NATO
Faculty Advisor			
Klaus Hüfner	VWL	FU Berlin	
Peggy Wittke	Jura	FU Berlin	



v.l.n.r.: Holger Wettingfeld, Meltem Kantarci, Alexander Pfennig, Lena Corell, Markus Bürgin, Joe Wingler, Florian Drücke, Volker Holtfrerich, Sachka Stefanova, Eckehart Urban, Klaus Hüfner, Henrik Moritz, Peggy Wittke, Hans-Hinrich Lindemann, Pascal Jentsch, Stefanie Welter, Kai Jenderny, Susanne Paul, Bernhard Braune

Vorwort

Im dritten Jahr seiner Existenz erfreut sich das Projekt *National Model United Nations* stetig wachsender Beliebtheit unter den Studierenden. Die Herausforderung, selbst als Diplomat auf eine internationale Bühne zu treten, wurde von vielen Studierenden unterschiedlicher Fachbereiche angenommen. So konnten wir in diesem Jahr unter den vielen Bewerbern auch Studierende der Soziologie, Philosophie und sogar Biochemie als Teilnehmer berücksichtigen. Hierbei zählte insbesondere ihre Aufgeschlossenheit gegenüber anderen, außerhalb ihres eigenen Fachbereichs liegenden Themen sowie ihr Interesse, in einen Erfahrungsaustausch mit den Studierenden der bisher dominierenden Fachbereiche Politologie, Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaften zu treten.

Auch in diesem Jahr war die Gruppe der 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerordentlich motiviert und nahm engagiert an den seit November 1996 wöchentlich stattfindenden Vorbereitungstreffen teil. Mit Vorträgen wie zum Beispiel über das System der Vereinten Nationen oder die *Rules of Procedure* boten wir den Teilnehmern ein Basiswissen an. Daneben legten wir großen Wert auf *teamwork*; die Teilnehmer waren aufgefordert, selbständig Recherchen mit Hilfe der Bibliotheken, der UN-Dokumentationsstelle und natürlich des Internets anzustellen und die Ergebnisse in Kurzreferaten der Gruppe zu präsentieren. Dieses bildete die Grundlage für die Erarbeitung einer gemeinsamen Position, die es in New York später zu vertreten galt.

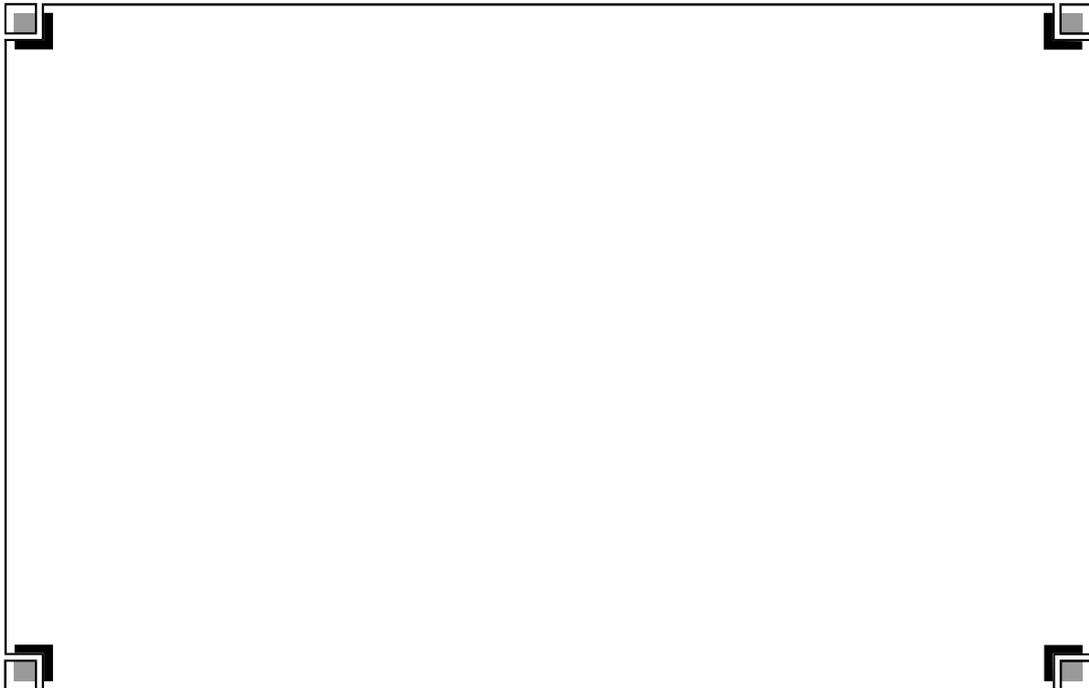
Auf der Konferenz selbst erlebten die Delegierten die Höhen und Tiefen des diplomatischen Alltags. Besonders in den *Committees*, die nur im Konsens entscheiden können, wurde schnell deutlich, daß nicht nur eine gute inhaltliche Vorbereitung notwendig ist, sondern auch die Fähigkeit, das Wissen umzusetzen, d.h. andere zu überzeugen und Kompromissen zugänglich zu sein. Die Zielsetzung des NMUN besteht daher nicht nur in der Erweiterung des Verständnisses für die Arbeit der Vereinten Nationen, sondern mithin auch in der Förderung des zwischenmenschlichen Bereichs, angefangen mit der ersten Kontaktaufnahme, über den Meinungsaustausch bis hin zur gemeinsamen Lösung von Problemen - Fähigkeiten, die letztlich nicht nur im diplomatischen Dienst von großer Bedeutung sind.

Die UN-Study Tour haben wir dem Weltverband der UN-Gesellschaften (*World Federation of United Nations Associations* - WFUNA) zu verdanken. Ms. Sharon McHale, *Special Assistant to the Deputy Secretary-General*, stellte für die Teilnehmer ein interessantes Programm zusammen, das auch eine Führung durch das Hauptquartier der Vereinten Nationen enthielt.

Herr Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a.D., stand uns auch in diesem Jahr mit seinen Erfahrungen über die Vereinten Nationen zur Verfügung und gab den Teilnehmern wichtige Hinweise für die Arbeit in ihren *Committees*. Herr Dr. Werner Pfennig beeindruckte uns mit einem detailreichen Überblick über sein „Hobby“ Norwegen und ermöglichte darüber hinaus den Besuch seines Freundes, Herr Prof. Stein Kuhnle von der Universität Bergen, Norwegen. Ihnen gebührt unser herzlichster Dank.

Wir bedanken uns besonders bei der Freien Universität Berlin, die auch 1997 ihre Förderung unseres Projektes fortsetzte und darüber hinaus durch Vergabe eines Lehrauftrags an Peggy Wittke die offizielle Anerkennung des Projektes *National Model United Nations* dokumentierte.

Klaus Hüfner und Peggy Wittke



Prof. Dr. Klaus Hüfner und Peggy Wittke

Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1997

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 1997*:

Frau Chopra, UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin
con moto - Beratungsgruppe - , München

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Freie Universität Berlin, Außenamt und Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Permanent Mission of Germany to the United Nations, New York

Prof. Stein Kuhnle, University of Bergen, Department of Comparative Politics, Norway

Lufthansa AG

Sharon McHale, Special Assistant to the Deputy Secretary-General, WFUNA, New York

Herr Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a. D.

Permanent Mission of Norway to the United Nations, New York

Herr Dr. Werner Pfennig, Otto-Suhr-Institut, Abt. Südostasien, Freie Universität Berlin

Steffen Wagner, Otto-Suhr-Institut, Wiss. Mitarbeiter, Abt. Transatlantische Si-
cherheits- und Außenpolitik, Freie Universität Berlin

Mrs. Annabelle Wiener, Deputy Secretary-General, WFUNA, New York

Special thanks to Geneviève Libonati for never ending support !

1. Einleitung

Die Dokumentation unserer dritten Teilnahme an der *National Model United Conference* beinhaltet den Bericht über die Arbeit der Delegierten in den einzelnen *Committees* sowie eine Darstellung unserer Aktivitäten im Vorfeld der Konferenz.

Zu diesen Aktivitäten gehörte die zweitägige UN-Study Tour, welche die *World Federation of United Nations Associations* für uns organisierte. Hochrangige UN-Diplomaten gaben eine Einführung in die *Committees*, in denen die Delegierten später selbst auf der NMUN-Konferenz vertreten sein würden. Der Besuch in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen gab einen illustrativen Überblick über die Tätigkeiten der Vertretungen der UN-Mitgliedstaaten bei der Vereinten Nationen. Der Leiter der Pressestelle, **Herr Dr. Günter Gruber**, informierte uns über die Hauptaufgabengebiete der Ständigen Vertretung und sprach insbesondere das aus deutscher Sicht höchst interessierende Thema der Reform des Sicherheitsrats an. **Herr Svein Andreassen**, *Minister Counsellor* der Ständigen Vertretung Norwegens bei den Vereinten Nationen, erläuterte die Position Norwegens in den Vereinten Nationen und gab den Teilnehmern Hinweise für das diplomatische Auftreten der norwegischen Gesandten bei den Verhandlungen.

Den Anfang dieser Dokumentation bildet eine Einführung über die Inhalte und Ziele der *National Model United Nations Conference*. Es folgt ein Überblick über die UN-Study Tour mit Berichten über die fünf *Briefings* sowie eine zusammenfassende Darstellung unseres Besuches bei der *Permanent Mission of Germany to the United Nations*.

Als Einstieg für die Berichte aus den einzelnen Ausschüssen und Gremien, in denen die Berliner Studierenden als Vertreter Norwegens mitarbeiteten, dient eine Kurzinformation über das Königreich Norwegen sowie der Bericht über unseren Besuch bei der *Permanent Mission of Norway to the United Nations*. Den Hauptteil dieser Dokumentation bilden die Berichte der Delegierten aus ihren *Committees*, denen jeweils zum besseren Verständnis eine kurze Zusammenfassung der Aufgaben des Gremiums vorangestellt sind. Den Abschluß bilden ein *Working Paper* und eine Resolution aus dem 1. Ausschluß der Generalversammlung.

Peggy Wittke

2. Die National Model United Nations Conference

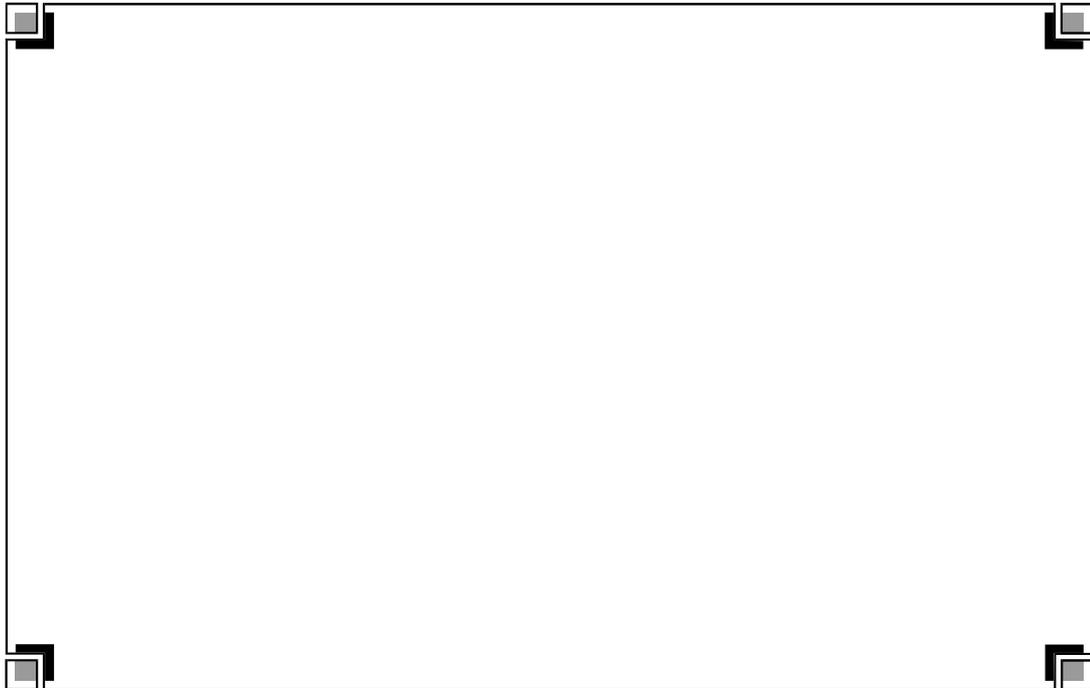
Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studierenden die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näherzubringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten, allein in den Vereinigten Staaten nehmen heute jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt: in mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 1.800 Studierende aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der sechstägigen Konferenz teil. Veranstalter des NMUN ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc.*, die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Nongovernmental Organization* anerkannt ist. Das *Board of Directors*, dem von 1995-1997 auch der

Privat-Dozent am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, Dr. Dietmar Herz, angehörte, koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der NMUN-*Secretary General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich diesbezüglich der von

dem NMUN-Staff organisierte Besuch bei der Ständigen Vertretung (*Permanent Mission to the United Nations*) des vertretenen Staates, der den Studenten Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von oftmals ranghohen Diplomaten zu erhalten.



Die NMUN-Eröffnungsfeier in der General Assembly Hall bei den Vereinten Nationen: v.l.n.r.: Susanne Paul, Alexander Pfennig, Pascal Jentsch, Volker Holtfrerich und Florian Drücke

Während der sechstägigen NMUN-Konferenz wird in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, daß die Vorbereitung sich nicht nur auf das eigene vertretene Land beziehen darf, sondern es müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen oder, wenn nötig, auch Kompromissen zugänglich sein müssen, stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates. Nicht zuletzt wird hier der größte Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muß sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt sichtbar gemacht. Den Abschluß der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw.

des Wirtschafts- und Sozialrates über ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Wittke

3. Die UN-Study Tour, 20.-21. März 1997

Durch enge Zusammenarbeit mit der *World Federation of United Nations Associations* (WFUNA) - der Weltverband der UN-Gesellschaften - konnte den Berlinern Teilnehmern auch in diesem Jahr im Vorfeld der *National Model United Nations Conference* ein UN-Study Tour Programm angeboten werden. Abgestimmt auf die einzelnen *Committees*, in denen die Studenten als Delegierte Norwegens vertreten waren, fanden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen *Briefings* im Hauptquartier der Vereinten Nationen statt. Hochrangige UN-Diplomaten berichteten über ihre Arbeit und stellten sich geduldig den Fragen der Studenten. Die zukünftigen Delegierten erhielten durch das persönliche Gespräche die Möglichkeit, Informationen über die Themenbereiche ihrer Ausschüsse zu erhalten und darüber hinaus einen Blick „hinter die Kulissen“ der Vereinten Nationen zu werfen. Die interessanten und engagierten Vorträge der Diplomaten und die sich anschließenden lebhaften Diskussionen beleuchteten auf eindrucksvolle Weise die unterschiedlichen Arbeitsgebiete bei den Vereinten Nationen.

UN-Study Tour Programm

Donnerstag, 20. März 1997

9.15 - 10.00 Uhr	Führung durch das Hauptquartier der Vereinten Nationen
10.15 - 11.00 Uhr	Secretariat Briefing on Social Development Mr. John Langmore , Director Division for Social Policy and Development, Department for Policy Coordination and Sustainable Development
11.15 - 12.00 Uhr	Secretariat Briefing on UNDP Ms. Frueh , Programme Officer UN Capital Development Fund
13.30 - 14.30 Uhr	Secretariat Briefing on UNCTAD Mr. Georg Kell , Officer-in-Charge

UN Conference on Trade and Development

Freitag, 21. März 1997

12.00 - 12.45 Uhr	Secretariat Briefing on UNICEF Ms. Deidre O'Shea , Editor UNICEF Executive Board Secretariat
13.00 - 13.45 Uhr	Secretariat Briefing on the General Assembly Mrs. Lesley Wilkinson , Political Officer Affairs Division of the General Assembly

3.1 Secretariat Briefing on Social Development

Das *Secretariat Briefing on Social Development* war der Auftakt zu einer zweitägigen *Study Tour* bei insgesamt fünf UN-Organisationen. Die FU-Delegation wurde im UNO-Gebäude empfangen von dem *Director of Division for Social Policy and Development*, dem Australier **John Langmore**.

World Summit for Social Development 1995

Bezugspunkt von Mr. Langmores einleitendem Kurzreferat als auch der anschließenden Diskussion war der *World Summit for Social Development*, der 1995 in Kopenhagen stattfand. Der Sozialgipfel wurde 1992 von der VN-Generalversammlung beschlossen (Res. 47/92) und vom *UN Department for Policy Coordination and Sustainable Development* organisiert. Seinen Ursprung hat er 1987 im sog. „*Brundtland-Bericht*“ der *World Commission on Environment and Development*, wo zum ersten Mal das Konzept der *Nachhaltigkeit* entwickelt wurde. Nachhaltigkeit impliziert einen Entwicklungsweg, der die ökonomische (Grund-)Bedürfnisbefriedigung in der Gegenwart so gestaltet, daß deren ökologische Voraussetzungen auch für zukünftige Generationen nicht gefährdet sind. Der „*Brundtland-Bericht*“ initiierte den „*Erdgipfel 1992*“ in Rio. Dessen Abschlußpapier, die *Agenda 21*, ist die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes auf sozialer, ökonomischer, ökologischer und institutioneller Ebene, wobei ein Zusammenwirken aller Ebenen erst die Bedingungen von Nachhaltigkeit garantieren. Der Sozialgipfel steht im engen Kontext zur Rio-Konferenz. In der *Agenda 21* wird in den Kapiteln 3, 5, 6, 7 sowie 36 die Bedeutung der sozialen Prämissen auf das Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit dargestellt.

Nachhaltige Entwicklung

Mr. Langmore betonte, daß die Beseitigung der Armut, in der derzeit weltweit 1,3 Mrd. Menschen „leben“, die wichtigste Voraussetzung für die Erreichung von sozialer und - letztlich nachhaltiger - Entwicklung sei. Als (miteinander verbundene) Armutsursachen nannte Mr. Langmore : Wirtschaftliche Unterentwicklung, strukturelle Heterogenität von modernen und unterentwickelten Sektoren, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, Umweltprobleme, Diskriminierung (besonders: Frauen und Kinder), mangelnde politische und wirtschaftliche Kohärenz, fehlende oder unzureichende Solidarität sowie Bürgerkriege.

Für die Entwicklung sozialer Strukturen, die auf (inter-)nationaler Ebene Armut überwinden bzw. Nachhaltigkeit bewirken, nannte Mr. Langmore folgende Punkte aus dem Kopenhagener „Aktionsplan“:

- Schaffung einer sozialen Umwelt als Vorbedingung von sozialer Entwicklung;
- Schaffung von Arbeitsplätzen und Verminderung von Arbeitslosigkeit;
- Soziale Integration;
- Bildungs- und Gesundheitsprogramme.

In der Diskussion stellte Mr. Langmore die Probleme bei der Umsetzung dieser Ziele dar: Das notwendige Ziel der Vollbeschäftigung, sowohl im Norden wie im Süden, sei nicht erreichbar. Mr. Langmore bezweifelte, ob der Neoliberalismus mit seinem Dogma des Wirtschaftswachstums dazu geeignet sei, jene ökonomisch notwendige Weltmarktintegration zu leisten, aus der armutsüberwindende ökonomische Impulse für den Binnenmarkt entstehen. Hierbei kritisierte er auch die sozialstrukturzerstörenden IWF-Programme und mahnte die fehlende Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien bei Projekten der Bretton-Woods-Institutionen an.

Zur Zeit beschäftigt sich die *Commission for Social Development* u.a. mit der Überwindung von Arbeitslosigkeit, z.B. durch Senkung der Arbeitszeit. Mr. Langmore erwähnte das weltweit auftretende paradoxe Phänomen, daß trotz Massenarbeitslosigkeit die zu verteilende Arbeit auf immer weniger Arbeitnehmer verteilt würde, so daß diese kaum noch ein normales Sozialleben hätten bzw. gesundheitliche Schäden davontrügen.

Kopenhagen 1995 war, so Mr. Langmore, „*the best summit ever held*“ - die Folgekonferenz soll im Jahr 2000 stattfinden.

Holger Wettingfeld

3.2 Secretariat Briefing on UNDP

Dieser Besuch war das zweite *Briefing* von insgesamt fünf im UN-Hauptquartier. Die Delegation der FU Berlin wurde an diesem Tag von **Ms. Susanne Frueh**, ihres Zeichens *Programme Officer* des *UN Capital Development Fund*, und ihrem Kollegen **Mr. Klaus Thomson** empfangen.

Entwicklungshilfeprogramme

Nach einem kurzen historischen Abriß und einer Darstellung der generellen Aufgaben des *United Nations Development Programme* (UNDP) äußerte sich Ms. Frueh mit einigen generellen Sätze zur Finanzierung des UNDP. Ihr Vortrag konzentrierte sich danach auf die Entwicklungshilfeprogramme, die während der letzten Jahre auf vielen Konferenzen, z.B. *Social Development Summit* in Kopenhagen, Umweltgipfel in Rio, Kairoer Konferenz zur Armutsbekämpfung, Frauenkonferenz in Peking, diskutiert wurden. Als wichtigste Punkte von sogenannten "Länderprogrammen" führte Ms. Frueh die Armutsbekämpfung, die Sicherung des Einkommens, den Aufbau von Regierungsstrukturen und Lösungsansätze für Umweltproblematiken an und verwies auf den globalen Kontext, in dem Länderprogramme diskutiert werden müssen. Ein System von Anreizen sollte jedem Land, das Entwicklungshilfe benötigt, kleine Summen zur Verfügung stellen, um ihnen die Möglichkeit der Erarbeitung von Programmen zu geben. Eine Finanzierung der Programme würde dann von New York aus erfolgen, nach dem Prinzip "Qualität vor Quantität".

UNCDF

Nach diesen allgemeinen Ausführungen zeichnete Ms. Frueh ein Tätigkeitsbild des UNCDF. So werden z.B. kleine Projekte bzw. moderne Projekte gefördert, um sie später an die Weltbank zu delegieren (Verteilungsmodus gegenüber der Weltbank).

Angesprochen auf die Zukunft der UNDP verwies Ms. Frueh auf das Schicksal der UN im allgemeinen und erwähnte die allgemein geforderte Konzentration auf das Wesentliche und die Effizienz. Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der EU wurde von ihr nur kurz kommentiert, es sei schwierig, da die Interessen sehr unterschiedlich seien. Angesprochen auf politische Neutralität verwies sie auf Grenzen in der Zusammenarbeit mit Regimen. Im Prinzip sei das UNDP jedoch universell und arbeite vorwiegend mit basisorientierten Gruppen und nicht mit Regimen zusammen. Wichtig erschien es Ms. Frueh, hier den Einsatz für die Bevölkerung und für Demokratie zu erwähnen.

Zum Abschluß des Gespräches sprach Ms. Frueh noch einmal den finanziellen Kürzungsdruck und die nötige Transparenz an. Es sollte nicht so viel Geld in der Verwaltung verschwinden. Nach dieser Kritik verwies sie jedoch auch auf positive Entwicklungen z.B. auf ein Programm, in dessen Mittelpunkt Kleinstkredite von ca. 5 Millionen US \$ pro Projekt stehen (Gesamtumfang 40 Millionen US \$), das für 50 Länder vorge schlagen wird.

Susanne Paul

3.3 Secretariat Briefing on UNCTAD

Mr. Georg Kell, *Economics Affairs Officer*, gab uns zunächst einen Überblick über die Tätigkeit der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) und ihre Zusammenarbeit mit der *World Trade Organization* (WTO), bevor er in der anschließenden Diskussion auf die Fragen unserer Gruppe einging.

Aufgaben der UNCTAD

Die Hauptaufgabe der UNCTAD besteht in der Analyse globaler wirtschaftlicher Phänomene. Dabei wird Basisarbeit für die WTO geleistet, der dann die Aufgabe zukommt, Regeln zu beschließen. Die UNCTAD befaßt sich insbesondere mit Handel und Entwicklung der "Entwicklungsländer" und versucht, der globalen Perspektive die Perspektive dieser Länder gegenüberzustellen. Dabei weist sie auch auf die negativen Aspekte der Globalisierung hin.

Seit Ende des Kalten Krieges ist die Rolle der UNCTAD schwerer zu definieren. 1995 wäre die UNCTAD beinahe aufgelöst worden. Insbesondere nach Gründung der WTO betrachteten viele Industrieländer die UNCTAD als überflüssig. Die UNCTAD steht also noch immer vor der Aufgabe, ihre Existenz rechtfertigen zu müssen.

Mr. Kell betonte besonders den seit Jahren sinkenden Einfluß der UNCTAD im Beziehungsgeflecht der Weltwirtschaft. Die Schuldenkrise, in die viele Länder der Dritten Welt geraten sind, sowie die Veränderung des politischen Klimas in den OECD-Staaten, in denen Entwicklungspolitik eine immer geringere Rolle spielt, haben den Einfluß der Entwicklungsländer auf den Welthandel weiter verringert. Deshalb will die UNCTAD heute nicht mehr in erster Linie das System der weltweiten Verteilung der Gewinne und der Mitbestimmung der Entwicklungsländer bei der Verwendung ihrer Ressourcen beeinflussen. Die aktuellen Anforderungen liegen vielmehr darin, möglichst alle Länder an der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt teilhaben zu lassen. Dies be-

deutet vor allem, Investoren in das Land zu holen und Zugang zu den großen Märkten der Welt zu schaffen. Vielen der *Least Developed Countries* droht heute die Marginalisierung, das heißt der Ausschluß aus dem Wirtschaftsgeschehen auf absehbare Zeit. Es gilt, den Teufelskreis von Armut, geringem Ausbildungsstand und politischer Instabilität zu durchbrechen, um so Investitionen in diesen Ländern attraktiver zu machen. Hier versucht die UNCTAD auf verschiedenen Ebenen anzusetzen, wobei sowohl die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes untersucht werden als auch technische Hilfe zum Aufbau eines funktionierenden Verwaltungssystems sowie beim Aufbau von Infrastruktur gewährt wird. Auf diesem Gebiet leistet die UNCTAD seit Jahrzehnten wichtige Arbeit, die zunehmend international anerkannt wird.

In der Diskussion wurden vor allem Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung des Welthandels und ihrer Folgen für die Entwicklungsländer gestellt. Auch die Möglichkeit, private Organisationen in die Arbeit der UN und ihrer Sonderorganisationen einzubinden, wurde aufgeworfen.

Die große Komplexität der Probleme wurde ebenso deutlich wie die strukturelle Schwäche der Vereinten Nationen. Immer mehr werden sie in die Rolle der "Weltfeuerwehr" gezwungen, während der Handlungsspielraum für die finanziell zunehmend schlechter ausgestatteten Sonderorganisationen immer enger werden.

Im Jahre 2000 wird UNCTAD X in Thailand stattfinden.

Stefanie Welter und Kai Jenderny

3.4 Secretariat Briefing on UNICEF

Mit **Ms. Deidre O'Shea** saß uns eine sehr engagierte Frau gegenüber, die sich ihrer Aufgabe offensichtlich mit viel Einsatz und Fachwissen widmet. Auch uns gegenüber zeigte sie großes Interesse, die Arbeit von UNICEF darzustellen, und war zudem bereit, auch den kritischen Fragen nicht auszuweichen.

Konvention über die Rechte des Kindes

Dreh- und Angelpunkt der Arbeit von UNICEF ist derzeit die 1989 verabschiedete Konvention über die Rechte des Kindes, die nicht nur eine umfangreiche Manifestation der Ziele von Kinderhilfsarbeit weltweit darstellt, sondern auch eine neue Richtung für die Arbeit von UNICEF eröffnet. Statt bisher im wesentlichen Entwicklungshilfe mit dem Schwerpunkt Kinder und Frauen zu leisten, verbrieft die Konvention den Kindern

Rechte, die zu achten sich nach der fast weltweiten Ratifikation die nationalen Regierungen verpflichtet haben. Auch wenn die Festschreibung der Rechte des Kindes natürlich noch keine automatische Verbesserung der oftmals dramatischen Lage von Kindern bedeutet, stärkt sie doch die Stellung von UNICEF bei seiner Arbeit erheblich. Diese neue Verbindlichkeit ist alles andere als unumstritten, da die Regierungen, die die Umsetzung der Konvention vernachlässigen, sich dafür international rechtfertigen müssen. Kritik an der Bundesrepublik Deutschland wird hierbei im Zusammenhang mit der Behandlung von Flüchtlingskindern laut.

Tätigkeitsbereiche von UNICEF

Schwerpunkte der Arbeit von UNICEF sind nach dem Amtsantritt von Carol Bellamy die Förderung von Bildungsprojekten, unter besonderer Berücksichtigung der Mädchen, da hier der Grundstein für eine Befreiung aus dem Teufelskreis der Armut liegt. Des weiteren wird ein Schwerpunkt auf die Hilfe für kriegsbedingte Kinder gesetzt, die in den verschiedenen Phasen vor, während und nach kriegerischen Auseinandersetzungen in ihrer Entwicklung nachhaltig beeinträchtigt werden. Trotz der Bemühungen UNICEFs, seine Arbeit mehr auf langfristige Perspektiven zu konzentrieren, nimmt die Katastrophenhilfe weiterhin einen großen Teil der Mittel in Anspruch.

In der Diskussion spielten vor allem Fragen nach dem Umgang UNICEFs mit undemokratischen Regimen eine Rolle; die Gretchenfrage also, die auch die Diskussion innerhalb der Organisation sowie mit den besorgten Geldgebern prägt (UNICEF finanziert sich aus freiwilligen Zahlungen der Mitgliedstaaten sowie zu etwa einem Viertel aus privaten Spenden). Ms. O'Shea führte aus, daß man zwar auf die Kooperation mit den Regierungen angewiesen sei, daß UNICEF seine Arbeit aber im wesentlichen für unpolitisch halte, da die Projekte unmittelbar den Kindern und Müttern helfen sollen, unabhängig von der politischen Situation in einem Land. Die Frage bleibt offen, inwieweit diese Unterstützung auch gleichzeitig der Festigung undemokratischer Regime dienen kann. Hinzu kommt, daß oft auch die Schwerpunktsetzung der Arbeit UNICEFs, z. B. bei der Mädchenbildung, nicht bei allen Ländern auf ideologische Zustimmung trifft.

Henrik Moritz

3.5 Secretariat Briefing on the General Assembly

Mrs. Lesley Wilkinson aus Australien, *Political Officer* der *Affairs Division* der Generalversammlung, gab diese Einführung. Sie war Studentin der Universitäten von Paris und New York, hat sich mit Entkolonialisierung und Plebisziten in den Treuhandgebieten des Pazifischen Ozeans beschäftigt und war 1991-1992 in Bagdad tätig. Zur Zeit unterstützt Mrs. Wilkinson die Implementierung der Agenda für den Frieden mit mehreren Arbeitsgruppen bei den Vereinten Nationen. Diese halten informelle Treffen ab.

Die Generalversammlung

Einleitend gab uns Mrs. Wilkinson einige generelle Informationen über die Generalversammlung der Vereinten Nationen. In der Generalversammlung gibt es fünf regionale Gruppen: Afrika, Asien, Osteuropa, Lateinamerika und Westeuropa und andere Staaten. Es wurden insgesamt sechs Hauptausschüsse - *Main Committees* - eingerichtet, die während der ordentlichen Tagungen der Generalversammlung von Ende September bis Mitte Dezember zusammentreten und die Hauptarbeit der der Generalversammlung übertragenen Aufgaben übernehmen. Diese sind:

- der Ausschuß für Abrüstung und Internationale Sicherheit - *Disarmament and International Security Committee - First Committee*;
- der Wirtschafts- und Finanzausschuß - *Economic and Financial Committee - Second Committee*;
- der Ausschuß für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen - *Social, Humanitarian and Cultural Committee - Third Committee*;
- der Ausschuß für Besondere Politische Angelegenheiten und Dekolonisation - *Special Political and Decolonization Committee - Fourth Committee*;
- der Verwaltungs- und Haushaltsausschuß - *Administrative and Budgetary Committee - Fifth Committee* und
- der Rechtsausschuß - *Legal Committee - Sixth Committee*.

Daneben besteht ein Präsidialausschuß - *General Committee* -, dem die Entscheidung über Tagesordnungsfragen sowie die Koordinierung der Ausschußtätigkeiten obliegt.

Es gibt ungefähr 150 Themen, die in der Generalversammlung zu diskutieren sind. Dabei geht es um den Weltraum, Kinder, Behinderte, Entkolonialisierung, ganze Regionen wie zum Beispiel der Mittlere Osten; in Mrs. Wilkinsons Worten "alles, was mit menschlichem Handeln zu tun hat".

Aktuelle Themen in der Generalversammlung

Mit den Referenda in französischen Kolonien entstanden unabhängige afrikanische Staaten. In der jüngeren Vergangenheit waren einschneidende Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion zu verfolgen.

In den letzten Jahren sind gewalttätige Konflikte zunehmend zu internationalen Problemen geworden, und so ist die Unterscheidung zwischen Engagement und Nichteingreifen von großer Wichtigkeit. Mrs. Wilkinson machte uns insbesondere auf die Bedeutung von vorbeugender Diplomatie - *preventive diplomacy* - aufmerksam. Nicht zuletzt stellt diese ihrer Meinung nach auch eine sichere und kostengünstige Vorgehensweise dar.

Von wesentlicher Bedeutung ist gegenwärtig die Konsolidierung des Finanzsystems der Vereinten Nationen. Dabei geht es insbesondere um eine Reform des Beitragsfestsetzungsverfahrens. Ein weiterer Aspekt, der im Augenblick debattiert wird, ist die Frage, ob beitragszahlende Mitglieder belohnt und nichtzahlende bestraft werden sollten und wie dies eventuell geregelt werden könnte.

Im Hinblick auf die kritische Finanzsituation der UN wies uns Mrs. Wilkinson auf Erwägungen hin, auch Gelder privater Firmen anzunehmen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen sprach in diesem Zusammenhang von den sogenannten *global players*, deren Einfluß auf die Wirtschaften beständig zunimmt. Die Überlegung, ob diese Unternehmen Beobachter oder sogar Mitglieder der Vereinten Nationen werden sollten, ist kontrovers.

Pascal Jentsch und Alexander Pfennig

4. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen

Die FU-Delegation wurde am 24. März 1997 in der *German Mission to the United Nations* von **Herrn Dr. Günter Gruber**, Leiter der Presseabteilung der Mission, empfangen. Im Anschluß an seinen halbstündigen Vortrag stand Herr Dr. Gruber den Teilnehmern zwei Stunden für Fragen zur Verfügung. Er berichtete darüber hinaus von Erfahrungen, die er in seiner beruflichen Laufbahn in der privaten Wirtschaft und im Auswärtigen Amt gemacht hatte, sowie von Berufs- und Praktika-Möglichkeiten in deutschen Missionen.

Der Vortrag und die Fragen der Teilnehmer drehten sich vorwiegend um die Reform der Vereinten Nationen, die Interessen und Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland sowie das Auftreten der EU in den Vereinten Nationen. Im folgenden werden die Aussagen von Herrn Dr. Gruber aus seinem Vortrag sowie seine Antworten auf unsere Fragen thematisch geordnet zusammengefaßt. Dr. Gruber gab dabei die Positionen Deutschlands, anderer UN- und EU-Staaten, der UNO sowie seine eigenen Einschätzungen wieder.

Die Reform der Vereinten Nationen

Eines der nach wie vor die Sitzungen und Diskussionen in den Vereinten Nationen bestimmenden Themen ist die Reform der Organisation. Der in der Vorwoche (am 20. März) vom amtierenden Präsidenten der Generalversammlung, dem Malaysier Razali, vorgelegte Resolutionsentwurf hatte anscheinend allseits großen Eindruck gemacht und wieder Bewegung in die Debatte gebracht. Dieses Papier, so Dr. Gruber, sehe einen Zweistufenplan vor, der Sicherheitsrat (SC) solle insgesamt neun neue Mitglieder bekommen, fünf davon wären ständige Mitglieder ohne Vetorecht - zwei aus Industrie- und drei aus Entwicklungsländern - und vier nichtständige. Dies entspreche nicht unbedingt den deutschen Vorstellungen, sei aber ein interessanter Aspekt, der die Diskussion hoffentlich belebe und vorantreibe.

Nach deutscher Ansicht könne eine Reform der UN nur als Gesamtlösung in einer Stufe erfolgreich sein: Die unterschiedlichen materiellen und formellen Vorstellungen der Organisation und ihrer Mitglieder sollten demnach gleichzeitig in einem geschlossenen Paket berücksichtigt und verabschiedet werden, um alle Wünsche zu berücksichtigen und auf breiter Basis durchsetzbar zu sein. Andere Staaten hingegen würden Lösungen favorisieren, die stufenweise oder thematisch und organisatorisch voneinander getrennt seien.

Grundsätzlich ließen sich drei Vorstellungen ausmachen: Die USA stellten sich unter Reform die Steigerung der Effizienz über Kostenreduzierung und Personalabbau vor. Viele Entwicklungsländer dagegen wünschten sich eine stärkere Betonung von Inhalten wie Entwicklungspolitik sowie mehr Transparenz im SC. Nach Ansicht der Bundesrepublik müsse eine administrative Reform der UN zeitgleich mit der Umstrukturierung des SC einhergehen, Personalabbau sei keine Lösung, allerdings seien höhere Ausgaben für die Bundesrepublik innenpolitisch nicht mehr durchsetzbar.

Als besonders „ungerecht“ empfinde die deutsche Außenpolitik die vorbereitenden, beratenden Sitzungen des SC, die mitunter monatelang unter Ausschluß der Öffentlich-

keit in einem Zimmer hinter dem eigentlichen Sitzungssaal des SC stattfinden. Über diese Sitzungen würden die UN-Mitgliedsstaaten, die nicht im SC säßen, nicht oder nur unbefriedigend und bestenfalls informell informiert, auch wenn sie von Entscheidungen des SC direkt betroffen wären. Die nicht im SC vertretenen EU-Staaten würden einzig von Frankreich über diese Sitzungen informiert.

Zur Entschärfung der Finanzkrise hatte Dr. Gruber, der vor seinem Eintritt ins Auswärtige Amt in der Privatwirtschaft tätig war, einen eigenen Vorschlag: Die UN-Organisationen sollen sich verstärkt um Geldgeber aus der privaten Wirtschaft kümmern. Dies sei ein von der UNO bisher kaum beachtetes Potential zum Erwerb von Mitteln über den regulären Etat hinaus. Viele Veranstaltungen der deutschen Botschaft beispielsweise könne er nur mit privaten Geldgebern verwirklichen. Im UN-System nutze einzig UNICEF solche Möglichkeiten intensiv und erwerbe ein Viertel der eigenen Einnahmen aus privaten Mitteln. Die Ernennung von Prominenten zu „UNICEF-Botschaftern“ sei ein weiteres Beispiel für sinnvolle Kooperation mit Partnern außerhalb des UN-Systems. Es gebe sicherlich Möglichkeiten, private Spenden zu sammeln, ohne dabei die politische Unabhängigkeit und Seriosität der Organisationen zu gefährden.

Bundesdeutsche Interessen in den Vereinten Nationen

Das Hauptanliegen der deutschen UN-Politik sei weiterhin die Reform des SC, die einen noch zu schaffenden ständigen Sitz mit Vetorecht für Deutschland beinhalte. Deutschland fühle sich als „natürlicher Kandidat“, der dies mit seiner zunehmenden Bedeutung in der internationalen Politik und seinem traditionell vorbildlichen Verhalten in der UN begründe. Dies würde von allen UN-Mitgliedstaaten so gesehen, auch von Kritikern Deutschlands. Einzig Italien würde sich gegen einen deutschen Sitz aussprechen, da es selber einen Sitz beanspruche und nicht eine Klasse unter Deutschland stehen wolle. Das bilaterale Verhältnis zu Italien sei aber dadurch nicht betroffen. Japan könne ähnlich gute Gründe für seine Bewerbung geltend machen, würde aber offensiver als Deutschland vorgehen und beispielsweise ausländische Delegationen auf japanische Kosten nach Japan einladen. Selbst unter den asiatischen Staaten gebe es keine Gegner eines japanischen Sitzes im SC.

Sonstige ablehnende Haltungen gegen einen deutschen Sitz im SC seien eher grundsätzlicher Natur, so wolle beispielsweise Neuseeland gar keine Veränderung des Sicherheitsrates.

Die Mitgliedschaft Deutschlands im SC 1995/96, die Dr. Gruber positiv bewertete, habe der deutschen Außenpolitik gezeigt, welche Vorteile ein Staat von einer Mitgliedschaft in diesem Organ habe bzw. welche Nachteile sich aus der Abwesenheit ergeben können: Die Resolutionen zu den Libyen-Sanktionen 1994 seien von den USA und Frankreich derart gestaltet worden, daß deren jeweiligen Wirtschaftsinteressen in Libyen nicht berührt würden. Die deutschen Hersteller von Röhren hingegen seien von den Sanktionen stark betroffen. Bei einer deutschen Beteiligung im SC wären die Sanktionen wohl anders ausgefallen. Einen möglichen Bumerang-Effekt mit Nachteilen für Deutschland aus der gestiegenen Verantwortung, etwa infolge von Unterstützungen von Maßnahmen gegen deutsche Handelspartner (China), schloß Dr. Gruber aus. Die UN-Politik der USA zeige, daß dies möglich sei. Wie eine deutsche Politik im SC konkret aussehen würde, könne aber noch nicht gesagt werden, da es darüber in der deutschen Innenpolitik immer noch keine genauen Vorstellungen gebe. Auch das Auswärtige Amt äußere sich nicht konkret dazu.

Ein weiterer Aspekt seiner Arbeit, so Dr. Gruber, sei eine stärkere Einbindung deutscher Firmen in das Beschaffungswesen der UNO. Den größten Teil der Aufträge im Werte von jährlich rund 2 Mrd. US\$ (ohne die Bretton-Woods-Institutionen) erhielten vorwiegend Firmen aus den USA, UK, Frankreich und Rußland. Deutsche Firmen würden bedauerlicherweise überhaupt nur wenig darüber wissen und sich selten um Aufträge bewerben. Auch hier gelte es, die (deutsche) Wirtschaft mehr auf die UNO aufmerksam zu machen.

Eine Reform des Sicherheitsrates, die nicht den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes entspreche, sei „kein Weltuntergang“, so Dr. Gruber. Es wäre schade, wenn Deutschland nicht einen ständigen Sitz mit Vetorecht bekäme, man werde sich aber nicht aus der UNO zurückziehen.

Leider blieb es den Teilnehmern unklar, welche Vorteile die UNO von den erhofften Vorteilen für Deutschland haben würde.

Die Zusammenarbeit der EU-Staaten in den Vereinten Nationen

Die EU-Staaten koordinieren ihre Aktivitäten in den Vereinten Nationen sehr eng, die Missionen der EU-Staaten und der EU selber stehen miteinander in ständigem Kontakt. Der die Präsidentschaft im EU-Ministerrat ausübende Staat spreche in allen UN-Gremien, den SC ausgenommen, stellvertretend für die anderen EU-Staaten.

Die deutsche Mission stehe in ständigem Kontakt mit Bonn (online) und der EU-Mission in New York; die Interessen der EU hätten gegenüber nationalen deutschen

Interessen Vorrang. Einzig in Angelegenheiten, die den Sicherheitsrat betreffen, fielen Frankreich und Großbritannien aus dem Rahmen der EU. Ein Verzicht dieser Staaten auf einen Sitz im SC zugunsten der EU sei sehr unwahrscheinlich.

Nach Ansicht der meisten Teilnehmer stellte das Treffen mit Herrn Dr. Gruber das interessanteste der vorbereitenden *Briefings* in New York dar. Das Treffen fand in angenehmer Atmosphäre im Konferenzraum bei kalten Getränken statt, der Blick über die New Yorker Skyline war - wie vorher angekündigt - bestechend und rundete das Gespräch angemessen ab.

Johannes Wingle

5. Das Königreich Norwegen: Ein Überblick

Allgemeine Daten

Staatsname:

Kongeriket Norge/
Königreich Norwegen

Staats- und Regierungsform:

Konstitutionelle Monarchie auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage

Staatsoberhaupt:

König Harald V. (seit 17.01.1991)

Grenzen:

Im Nordosten mit Rußland und Finnland, mit Schweden im Osten, im Süden am Skagerrak, im Westen am Atlantik und im Norden am Eismeer.

Fläche:

323.877 km²

Bevölkerung:

4.299 Mio. Einwohner, davon u.a. 97% Norweger, rund 22.000 Samen und 12.000 Finnen

Religion:

89% Protestanten, 33.500 Katholiken, 22.000 Moslems

Hauptstadt:

Oslo mit 473.344 Einwohnern, weitere große Städte sind: Bergen (218.105), Trondheim (140.718), Stavanger (101.463)

Sprachen:

Bokmål und Nynorsk

Währung:

Norwegische Krone (nkr) = 100 Øre
100 DM = 434 nkr

Bruttoinlandsprodukt (nominal):

1994: 774 Mrd. nkr

Außenverschuldung

1994: 44 Mrd. nkr

Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen:

UNO, NATO, Nordischer Rat, Europarat, EFTA, OECD, WHO, UNESCO, WTO, IAEA, ESA, Freihandelsvertrag mit der EU, assoz. Mitglied der WEU

Quelle: Munzinger Archiv/IH.Länder aktuell (Stand: 11/96)

6. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung Norwegens bei den Vereinten Nationen

Im Laufe unserer Vorbereitungszeit haben wir uns weitgehend mit den Zielen der Norwegischen Außenpolitik und ihrer Implementierung im Rahmen internationaler Kooperation beschäftigt. Darauf aufbauend sowie anhand der uns von dem Norwegischen Außenministerium zugeschickten Informationsblätter konnten wir die Position von Norwegen zu den in den Komitees zu besprechenden Themen vorbereiten. Trotzdem ließen sich die norwegischen Verhandlungsziele bei bestimmten Themen, die nicht zu den außenpolitischen Prioritäten gehören, zu denen wir jedoch eine Stellung in unseren *Position Papers* nehmen mußten, schwer abschätzen.

Daher sollte der Besuch bei der Ständigen Vertretung Norwegens bei der UNO der Klärung folgender Themenkomplexe dienen: Zum einen war zum Zwecke unserer Teilnahme an der NMUN-Konferenz von großer Bedeutung, die entstandenen Fragen bezüglich der Positionen Norwegens mit diplomatischen Vertretern zu diskutieren. Zum anderen waren wir an dem diplomatischen Stil und den Verhandlungsstrategien norwegischer Diplomaten auf dem UN-Podium interessiert. Vor dem Hintergrund unserer Kenntnis über die engagierte Rolle Norwegens in der UNO wollten wir nicht zuletzt mehr über die konkreten Aktivitäten und Implementierungsbereiche erfahren.

Wir wurden von **Mr. Svein Andreassen**, *Minister Counsellor*, empfangen. Er führte uns zunächst durch die Räumlichkeiten der Norwegischen Vertretung und erläuterte die Aufgabenbereiche der 20 Mitarbeiter. Diese ersten Eindrücke bestätigten unser Bild von der Offenheit der norwegischen Diplomaten. Im darauf folgenden Gespräch ging Mr. Andreassen auf die Schwerpunkte der Arbeit der Norwegischen Vertretung bei der UNO ein. Dabei hob er die Rolle Norwegens bei der normativen Politikformulierung im Rahmen der UNO hervor. In diesem Zusammenhang erwähnte er unter anderem das große Engagement Norwegens bei der Vorbereitung und Umsetzung der UN-Reformen. Zu diesem Zweck beteiligt sich der norwegische Botschafter aktiv an einer der wichtigsten UN-Gruppen, die sich mit den Reformen der UNO beschäftigt. Mr. Andreassen wies darauf hin, daß sich Norwegen im Rahmen der Reformgruppe der nordischen Staaten primär mit der Ausarbeitung von Vorschlägen befaßt, die auf die Stärkung der UNO im ökonomischen und sozialen Bereich abzielen. Dabei sind zwei Reformebenen zu unterscheiden: die Verwaltungsebene der UNO und die Ebene der Mitgliedstaaten. Hinsichtlich der zweiten Ebene betonte Mr. Andreassen stolz, daß der Vorschlag auf norwe-

gische Initiative zurückzuführen sei, die UN-Aktivitäten in unterschiedlichen Ländern besser zu koordinieren. Dahinter steht die Erkenntnis, daß die VN nicht in der Lage sei, in jedem Land eine Vertretung zu unterhalten. Die damit verbundenen Vorschläge sind bereits in dem Reformentwurf „*The UN in Development*“ zusammengefaßt worden, der von nordischen Staaten vorbereitet wurde.

Bei den Darstellungen von Mr. Andreassen kam der Zusammenhalt der nordischen Staaten sehr deutlich zum Ausdruck. Trotzdem bemerkte er, daß seit dem EU-Beitritt von Schweden und Finnland der Begriff „Nordische Staaten“ in der UNO-Sprache nicht mehr so selbstverständlich sei. Jedoch vertreten die Staaten nach wie vor gemeinsame Meinungen in Bereichen, die nicht im Interessensfeld der EU liegen. Und weiterhin pflegen die Vertreter nordischer Staaten ihren Kooperationsgeist durch ihre wöchentlichen Treffen. Auf die Frage, welche Sprache sie dabei benutzten, antwortete Mr Andreassen humorvoll: „Skandinavisch“.

Die gesammelten Informationen und Eindrücke waren für unser Ziel, im „*norwegian character*“ zu verhandeln, von unschätzbbarer Bedeutung.

Sachka Stefanova

7. Die Arbeit der Norwegischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1997

7.1 Norwegen in der Generalversammlung vertreten von Alexander Pfennig und Pascal Jentsch

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung ist das zentrale Beratungsorgan der Vereinten Nationen, in dem alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt vertreten sind. Zusätzlich sind Beobachter, wie zum Beispiel die Europäischen Gemeinschaften, Palästina und der Heilige Stuhl zugelassen, die jedoch im Unterschied zu den Mitgliedstaaten nur bei prozeduralen Fragen wie der Länge der Redezeit mitabstimmen dürfen. Thematisch ist die Generalversammlung zuständig für alle Fragen und Themen, die gemäß der Charta in den Aufgabenbereich der Vereinten Nationen fallen, soweit sie nicht die ausschließliche Zuständigkeit des Sicherheitsrates betreffen. Die Themen in diesem Jahr waren

1. Die Situation zwischen der Volksrepublik China und Taiwan

2. Entwicklungs- und Finanzprobleme

3. Regionale Sicherheitsstrukturen.

Viele stimmten darüber überein, daß eine Besprechung des ersten Punktes nicht sehr produktiv sein würde. Weil eine verlässliche Wirtschaft eine Garantie für politische Stabilität ist, und da wir die NATO als ein Komitee auf dieser Konferenz hatten, wurden „Entwicklungs- und Finanzprobleme“ das erste Thema auf unserer Agenda, gefolgt von „Regionale Sicherheitsstrukturen“, und schließlich „Die Situation zwischen der Volksrepublik China und Taiwan“. Leider wurde aus Zeitgründen nur das erste Thema besprochen, sehr zur Enttäuschung vieler Delegierter, auch der Norwegens.

Entwicklungs- und Finanzprobleme

Norwegen hat weitgehend Entwicklungshilfe geleistet durch Fachkräfte, Material und Kapital. In der Zukunft wird es wichtig sein, zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe zu unterscheiden, ebenso zwischen Langzeit- und Notstandshilfe. Alle unsere Bemühungen wurden Teil einer kohärenten Strategie der nordischen und baltischen Staaten, in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Europäischen Union. Die Kooperation mit den nordischen Staaten war, nach anfänglichen Schwierigkeiten, effizient und gut abgestimmt. Während der gesamten Konferenz bemühte sich unsere kleine Gruppe, Entscheidungen durch Konsens zu erreichen, und wir sprachen grundsätzlich mit einer gemeinsamen Stimme. Die Beziehungen zwischen den nordischen EU-Mitgliedstaaten und der Union selbst waren bei weitem nicht so ausgeprägt wie vorab angenommen.

Wir haben eine klarere Rollentrennung zwischen der Weltbank und der UNO in Hinblick auf technische Hilfe unterstützt. Norwegen schlug die Einteilung der bilateralen Langzeithilfe in zwei Kategorien vor — Zuwendungen für Prioritätsregionen und -länder und Zuwendungen für weitergehende bilaterale Kooperation. Zugleich suchten wir eine gleichgewichtigere Verteilung der Finanzierung durch die Geber.

Regionale Sicherheitsstrukturen

Als Mitglied der NATO an der Grenze zwischen Ost und West hat das Königreich Norwegen von der Gründung der Vereinten Nationen an die wesentliche Bedeutung regionaler Sicherheit kennengelernt.

Mit den dramatischen Veränderungen in Zentral- und Osteuropa, der ehemaligen Sowjetunion und der gesamten Welt wurden neue Machtverhältnisse geschaffen, und unsere Nation und seine Verbündeten verhandeln erneut zur Sicherung globalen Friedens.

Dabei muß präventive Diplomatie betont werden. Norwegen ist bestrebt, Vertrauensverhältnisse aufzubauen und hat sich der Friedensforschung verschrieben, auch zusammen mit den anderen nordischen Staaten im Nordischen Rat und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Situation zwischen der Volksrepublik China und Taiwan

Norwegen hat die Volksrepublik als einzigen Vertreter Chinas anerkannt. Wir begrüßen den Demokratisierungsprozeß in der Volksrepublik China. Wir glauben jedoch, daß noch etwas auf dem Gebiet der Menschenrechte getan werden müßte. Norwegen unterhält weitreichende Handelsbeziehungen zu beiden Seiten der Taiwan-Straße und glaubt, daß dies als Grundlage gegenseitigen Verständnisses dienen könnte.

Mehrere Resolutionen wurden diskutiert, unter anderem auch unsere nordisch-europäische, und mit einigen Änderungen verabschiedet. Leider fanden einige unserer weitreichenden Forderungen keine Berücksichtigung. Ein paar Delegationen hielten sich nicht ganz an die Gegebenheiten, so zum Beispiel Eritrea oder Luxemburg, vertreten durch die Bundeswehruniversität Hamburg. Wie die Philippinen, vertreten durch die Militärakademie der Vereinigten Staaten, Westpoint, stellten sie für die Dauer der Konferenz einen ansehnlichen Hintergrund dar.

7.2 Norwegen im Ersten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten von Johannes Wingler und Eckehart Urban

Der Erste Ausschuß der Generalversammlung

In Ergänzung zu Artikel 7 Absatz 2 der Charta verleiht Artikel 22 der Generalversammlung (GA) das Recht, „Nebenorgane“ einzusetzen, „soweit sie dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben für erforderlich hält“. Dazu zählen u. a. die sechs Hauptausschüsse, denen bestimmte Aufgaben zugeordnet sind. Der Erste Ausschuß der GA ist zuständig für politische Fragen und Sicherheitsfragen - Abrüstung und verwandte Fragen der internationalen Sicherheit (*Political and Security Committee - Disarmament and Related International Security Questions*).

Die Tagesordnung des Ersten Ausschusses der Generalversammlung auf der NMUN-Konferenz 1997 umfaßte drei Themen:

1. Abrüstung von chemischen und biologischen Waffen
2. Der Umfassende [Atomwaffen-] Teststopp-Vertrag

3. Technologietransfer

Norwegen, das sich seit der Völkerbundzeit traditionell für internationale Abrüstung und völkerrechtliche Vereinbarungen dazu einsetzt, hatte sehr großes Interesse an der Behandlung der Themen eins und zwei. Das dritte Thema erschien Norwegen als Abrüstungsthema angesichts der knappen Zeit zu allgemein gehalten und besser an ein Gremium verwiesen, das sich mit Entwicklungsfragen befaßt.

Die Delegierten auf der NMUN-Konferenz beschlossen allerdings, die Themen als Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge 3/1/2 zu behandeln. Da Norwegen großes Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer hat, konnte es auch mit dieser Reihenfolge einverstanden sein. Aus zeitlichen Gründen wurde der Teststopp-Vertrag leider nicht mehr behandelt.

Technologietransfer

Die GA hatte am 10. Dezember 1996 zwei Resolutionen (A/51/39 und A/51/40) zur *Rolle von Wissenschaft und Technologie im Rahmen von internationaler Sicherheit und Abrüstung* verabschiedet. Die erste Resolution, die vorwiegend von Entwicklungsländern befürwortet und von den meisten europäischen Staaten abgelehnt wurde - der Stimme hatten sich Staaten aus beiden Gruppen enthalten -, verbindet die Forderung nach Nichtdiskriminierung bzw. Nichtbeschränkung bei Export und Nutzung von dual (militärisch/zivil) verwendbaren Technologien mit der Aufforderung zu mehr Maßnahmen im Bereich der Entwicklung.

Die zweite Resolution, die ohne Gegenstimme verabschiedet worden war, verweist auf die Möglichkeit, wissenschaftliche und technische Fortschritte dual verwenden zu können und fordert dazu auf, sie für friedliche Zwecke zu nutzen. Im operativen Teil werden die Staaten aufgefordert, das Thema weiterhin zu besprechen, bestehende internationale Abkommen zur internationalen Sicherheit zu verwirklichen bzw. weiterzuentwickeln.

Auf der Konferenz bestand sehr großes Interesse an einer ausführlichen Behandlung dieses Themas - aus teilweise inhaltlich entgegengesetzten Gründen: Die Entwicklungsländer riefen dazu auf, den Transfer von Hochtechnologie in den Süden zu forcieren, einige westliche Staaten hingegen wollten eine Beschränkung von Technologietransfer an ausdrücklich zu nennende „riskante“ Empfänger und Regionen. Das Thema bot zudem allen Delegierten die Gelegenheit, sich mit inhaltlich eher allgemein gehaltenen Redebeiträgen zu äußern und dabei an irgend etwas zu appellieren (z. B. an gemeinsame Interessen, Solidarität etc.).

Da ein einheitliches Vorgehen der europäischen Staaten nicht erkennbar war, bestand die Position der nordischen Staaten auf einer nichtdiskriminierenden Handhabung von Technologietransfer sowie der Vertagung dieses (durchaus *sehr* wichtigen) Themas, um sich den nächsten Tagesordnungspunkten widmen zu können.

Zu diesem Thema wurden auf der Konferenz zwei Resolutionen verabschiedet: Die erste deckte sich weitgehend mit A/51/39, die zweite wollte ein umfangreiches Regelwerk verwirklicht sehen, das Technologietransfer in „riskante“ Gebiete verhindert. Nicht zuletzt aus taktischen Gründen trat Norwegen als Sponsor des ersten Resolutionsentwurfes auf: Mit der Behandlung dieses Themas wurde einem Anliegen vieler Entwicklungsländer entsprochen, und ein Tagesordnungspunkt konnte so beendet werden. In formeller und inhaltlicher Hinsicht stellte dieser Resolutionsentwurf das geringere Übel dar, dessen Unterstützung uns vertretbar schien.

Abrüstung von chemischen und biologischen Waffen

Mit diesem Tagesordnungspunkt wurden zwei eng beieinanderliegende Themen zusammengefaßt: Völkerrechtliche Vereinbarungen zur Abrüstung von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen. Bezugspunkte für diesen Tagesordnungspunkt sind zwei Konventionen: Seit 1975 ist die *Convention on the Prohibition of the Development, Production, and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on their Destruction* in Kraft, seit 1993 liegt die *Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and Use of Chemical Weapons and on their Destruction (Chemical Weapons Convention - CWC)* zur Unterzeichnung aus.

Das Thema erfuhr während unser Vorbereitung zur NMUN-Konferenz an Aktualität: Im Dezember 1996 hatte in Genf die *Vierte Überprüfungskonferenz der Vertragsstaaten der Konvention über biologische Waffen* ihren *Zwischenbericht* mit umfassenden Forderungen vorgelegt, die *CWC* sollte mit der Hinterlegung der 65. Ratifizierung am 29. April 1997 in Kraft treten. Die einzigen erklärten Inhaber chemischer Waffen, die USA und Rußland, hatten die *CWC* bis zum Beginn des NMUN nicht ratifiziert.

Norwegen hatte größtes Interesse, dieses Thema umfassend zu behandeln und einen eigenen Resolutionsentwurf einzubringen. Der Resolutionsentwurf wurde sofort von den anderen Staaten des Nordischen Rates sowie von Litauen und Kanada unterstützt. Die in die Resolution aufgenommenen Forderungen deckten sich weitgehend mit den Forderungen des *Zwischenberichts* der Konferenz der Vertragsstaaten der Konvention über biologische Waffen: Vorbehaltlose Unterzeichnung und Ratifizierung beider Konventionen (womit vor allem die USA und Rußland gemeint waren), Rücknahme aller Vor-

behalte zu Abrüstungsverträgen, Durchführung von Verifikationsmaßnahmen und Vor-Ort-Inspektionen zur Überprüfung der Umsetzung beider Konventionen, Beachtung von Umweltstandards u. a. Der Resolutionsentwurf wurde mit großer Mehrheit (zusammen mit einem anderen Entwurf) von den Delegierten verabschiedet.

Schon während der Eröffnungsfeier der NMUN-Konferenz im Saal der GA kamen die Delegierten der Staaten des Nordischen Rates zu ersten Konsultationen zusammen. Es wurde ein gemeinsames Vorgehen im Ersten Ausschuß vereinbart, dem sich auch die Vertreterin Litauens anschloß. Da die Delegierten dieser Staaten anscheinend nicht so sehr von den Vorgaben ihrer Professoren abhängig waren, gestaltete sich die Zusammenarbeit angenehm und gegenseitig unterstützend. Aufgrund seiner Übersichtlichkeit war der „nordischen Block“ (so der schwedische Kollege) eine bessere Arbeitsgrundlage als die nie geschlossen auftretende Gruppe der (west-) europäischen Staaten, von denen einige etwas „*out of character*“ auftraten.

Die für unsere Vorbereitung wichtigen Materialien konnten wir in der UN-Dokumentationsstelle in der FU sowie im Internet besorgen. Die Homepage der norwegischen Mission bei den Vereinten Nationen enthält die Reden der norwegischen Vertreter vor den einzelnen UN-Gremien, zahlreiche Dokumente lassen sich unter anderen Adressen im Internet finden. Das norwegische Außenministerium verschickt auf Anfrage hektographiertes Informationsmaterial zu norwegischen Positionen. Dadurch gestaltete sich für uns die inhaltliche Vorbereitung wie auch die Ermittlung der norwegischen Positionen recht angenehm.

7.3 Norwegen im Dritten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten von Mark Bürgerin und Holger Wettingfeld

Der Dritte Ausschuß der Generalversammlung

Der Dritte Ständige Ausschuß der Generalversammlung ist für soziale, kulturelle und humanitäre Belange zuständig; jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen ist in ihm vertreten. Die ungefähr zweihundert überaus „ehrenwerten NMUN-Gesandten“ füllten immerhin einen der großen Säle des Grand Hyatt Hotel. Die Tagesordnung sah drei Themen vor:

1. Todesstrafe
2. Analphabetismus: Erziehung von Frauen
3. Kulturbesitz

Sehr zur Enttäuschung Norwegens gelang es einer Gruppe unter Führung der U.S.A, des Iran und Irak gleich zu Beginn der Debatte, das Thema „Todesstrafe“ an die letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen. In einem Ausschuß dieser Größe ist das gleichbedeutend mit Nichtbefassung aus Zeitmangel. Die Reihenfolge wurde mit einer knappen Mehrheit wie folgt festgelegt: „Analphabetismus“ an erster Stelle, dann „Kulturbesitz“, schließlich „Todesstrafe“. Letztlich sollte sich die Debatte um die Festlegung des zweiten und dritten inhaltlichen Punktes jedoch als unsinnig erweisen, da der Ausschuß nach langen Verhandlungen erst am letzten Sitzungstag seine Entschlüsse zum ersten Thema faßte und somit nicht einmal Zeit für „Kulturbesitz“ blieb.

Analphabetismus

Norwegens Hauptinteressen in puncto Analphabetismus lagen inhaltlich zum einen bei einer klaren Definition, die nicht allein auf die Fähigkeit des Lesens und Schreibens, sondern vor allem auf die Entwicklung einer komplexen Sprachkompetenz abstellt. Zum anderen sollte Erziehung von Frauen als notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung erkennbar werden. Norwegen unterstützt zudem eine verstärkte Koordination der Aktivitäten der Vereinten Nationen, insbesondere in Hinsicht auf Umsetzung, Überwachung und Evaluation von Erziehungsprogrammen. Diese sollten vordringlich in Zusammenarbeit mit bestehenden regionalen, nichtstaatlichen und staatlichen Projekten auf den Aufbau von Bildungskapazitäten abzielen. Dabei ist die wirtschaftliche Unterstützung von zentraler Bedeutung. Norwegen favorisiert Initiativen wie das Mikrokredit-Modell, Schuldentilgungen für Bildungsprogramme und eine Neufassung der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds. Schließlich ist ein Hauptziel, in den betroffenen Staaten auf

die Verabschiedung entsprechender Gesetze zu drängen, die einen Mindeststandard an Bildung für Frauen garantieren. In allen Maßnahmen ist auf die Wahrung der kulturellen Identität der betreffenden Staaten zu achten, da Erziehungsprogramme allzu leicht als Transportmittel westlicher Generalisierungen dienen.

Verhandlungsstrategien

In verhandlungstaktischer Hinsicht war es für uns naheliegend, zunächst Verbündete unter den Nordischen Staaten zu suchen. Tatsächlich gelang es Norwegen, im Verlauf der Verhandlungen ein Arbeitspapier einzubringen, das von allen anderen nordischen, den drei baltischen Staaten, Polen, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Großbritannien, und Italien unterstützt wurde. Gegen Ende der Tagung wurde dieses Papier mit einem Entwurf zusammengeführt, der von den westlichen Industrienationen und einer illustren Ansammlung von G77-Staaten vorgestellt wurde. Da zu diesem Zeitpunkt bereits ca. dreißig Nationen in irgendeiner Form an der Ausarbeitung der beiden Papiere beteiligt waren, benannte jede der zwei großen Gruppen Vertreter, die in einer kleinen Runde einen Kompromißvorschlag erarbeiten sollten. Die „westliche“ Gruppe wurde darin von den USA, Großbritannien und Italien vertreten, für „unsere“ Gruppe nahm die Vertreterin Schwedens und der Delegierte Bürgin für Norwegen teil.

Die Arbeit war erfolgreich und führte nicht nur in der kleinen Runde, sondern auch unter den Vertretern der großen Gruppen zu einem guten Kompromiß und breiter Unterstützung. In der Endfassung entsprachen zehn von achtzehn einleitenden Klauseln und fünfzehn von neunzehn operativen Klauseln entweder im Wortlaut oder sinngemäß dem nordischen Entwurf, der noch mehr als dieser Kompromiß von uns beeinflusst werden konnte. Das Papier wurde schließlich als Resolutionsentwurf angenommen und im Ausschuß mit überwältigenden 86:7:12 (ja:nein:Enthaltungen) Stimmen verabschiedet und in der Generalversammlung mit 91:5:5 Stimmen beschlossen.

Rede für das Königreich Norwegen

gehalten von Mark Bürgin im Dritten Ausschuß der Generalversammlung

Honourable chair, distinguished delegates,

the Kingdom of Norway is deeply concerned about the enormous and yet increasing number of an estimated one billion illiterates in the developing countries. Even more disquieting is the fact that 60% of these are women and girls. While men's literacy has been constantly improved over the last 15 years, the number of illiterates among

women over 15 has increased from 531 million in 1980 to 557 million in 1995. These numbers are still rising in all of the developing countries - except for Latin America and the Caribbean - with unbearable peaks in Southern Asia and the least developed countries where over 60% of all women are illiterate.

Norway supports the definition of education as a human right as included in Art. 55 b of the UN Charter, Art 2 b of the Human Rights Declaration and Art. 8 of the Declaration on the Right to Development.

Without women's education we will neither reach sustainable development nor good economic growth. As World Bank President James T. Wulffensohn put it, investing in women's education makes good economic sense. Education for women and girls leads not only to immediate but also to major catalytic effects on every dimension of development. With regard to social conditions, the children's general opportunities for growth and development increase and the health of the whole family improves.

We are currently looking at a vicious circle of material debt, resulting in bad educational systems that especially hurt women's development. Its effects on health, overpopulation and education itself give the developing countries a bad economic starting position. Education is a future investment and does not follow the traditional concept of quick economic success. Norway also calls into question an incoherent western development and debt management policy. While educational activities are being highly subsidized, the IMF interferes with its structural adjustment programs recommending cut downs in educational budgets to states with high deficits.

Norway strongly believes that all measures to be taken should be embedded in the context of sustainable social development. Among the most important instruments that the UN provide in that area are: the 1979 Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (Artt. 2b, 10), the 1994 Agenda for Development (104) and the 1995 Beijing Declaration and Platform of Action (27).

Norway invites the developing countries to join those nations that are willing to support implementation measures. Norway was and will be one of those who are aware of their international responsibilities and do not only use the UN platform for the promotion of its own interests. Unfortunately, some major economic powers are withdrawing from that responsibility by cutting down development aid while trying to secure their influence.

Let me finally emphasize the importance of women in the process of development with the following African proverb: „If we educate a boy, we educate one person. If we educate a girl, we educate a family and thus a whole nation.“

Thank you.

7.4 Norwegen im Sechsten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten von Bernhard Braune und Hans-Hinrich Lindemann

Der Sechste Ausschuß der Generalversammlung

Als Delegierte des Königreichs Norwegen saßen wir im Sechsten Ausschuß der Generalversammlung und hatten daher das Vergnügen, das Völkerrecht weiter entwickeln zu dürfen. In diesem Gremium als Unterorgan der Generalversammlung sind alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen vertreten, daher saßen in diesem Ausschuß über 200

Delegierte aus nahezu allen "Ländern". Der Sechste Ausschuß ist ein wichtiges Organ für die Fortentwicklung des Völkerrechts und die Kodifikation bestehenden Völkergewohnheitsrechts. Hier werden die Resolutions- oder Vertragstexte ausführlich diskutiert, bevor sie an die Generalversammlung weitergeleitet werden, um dann eventuell als Vertragstext von den Mitgliedstaaten unterzeichnet zu werden.

Die Tagesordnung umfaßte drei hochaktuelle und überaus reizvolle Themen.

1. Die Überarbeitung des Entwurfs für ein Statut des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes
2. Humanitäre Intervention und der Gewaltbegriff
3. Internationaler Terrorismus

Es fiel der königlichen Delegation daher zunächst nicht leicht, zu entscheiden, auf welches der Themen wir durch die Festlegung auf Platz drei der Tagesordnung verzichten würden. "Die Überarbeitung des Entwurfs für ein Statut des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes" war das Thema, mit dem sich nicht nur die meisten Mitgliedstaaten beschäftigen wollten, sondern hier waren auch die Delegierten persönlich besonders motiviert. Somit konnte sich der Ausschuß schnell auf dieses Thema als ersten Punkt bei der Festsetzung der Tagesordnung einigen. Schwieriger waren die Verhandlungen um Platz zwei und drei. Für Norwegen fiel die Entscheidung (natürlich) auf "Humanitäre Intervention". Hier konnten wir uns auf dem ureigenen Terrain der nordischen Staaten, dem internationalen Schutz der Menschenrechte, bewegen. Auch die Mehrheit der Delegierten stimmte noch am ersten Abend dieser Reihenfolge von Themen zu. Damit war entschieden, daß das dritte Thema, „Internationaler Terrorismus“, aus Zeitgründen nicht mehr besprochen werden konnte. Die Festlegung der Tagesordnung stellte unseren ersten Gehversuch auf dem "glatten diplomatischen Parkett" dar, welches im Grand Hyatt übrigens aus statisch geladenem Plüschteppich gefertigt war. Die norwegische Delegation konnte mit großer Freude und tiefer Befriedigung feststellen, daß sich am Ende des ersten Tages die Erwartungen voll erfüllt und sich unsere Einschätzungen als realistisch erwiesen hatten.

Ständiger Internationalen Strafgerichtshof

So kompliziert sich die Übersetzung des Titels des ersten Arbeitsthemas anhört, so schwierig zeigten sich dann auch die ersten inhaltlichen Gespräche im Ausschuß. Der gute Eindruck, den die norwegische Delegation vom konzentrierten Arbeitsstil in der Diskussion um die Tagesordnung erhalten hatte, verschwand zu Beginn der inhaltlichen Debatte. Zwar warf das Königreich Norwegen noch sein gesamtes außenpolitisches

Gewicht in die Waagschale, als es die Delegierten zum Abschluß des ersten Tages in einer Rede des königlichen Gesandten *Lindemann* dazu aufrief, die Diskussion an den Fakten zu orientieren. Doch wie der nächste Tag zeigen sollte, wurde der Nachhall dieser Rede vom Eingangs erwähnten Plüschteppich so gedämpft, daß er nicht den Weg in die Herzen der Delegierten fand.

Honourable Chair, dear Delegates,

The Kingdom of Norway would like to state some facts instead of arguments:

Fact is, that we all want to get the ICC set up and working after a period of over 40 years.

Fact is, we can only achieve this aim by establishing a broad-based support by Member States.

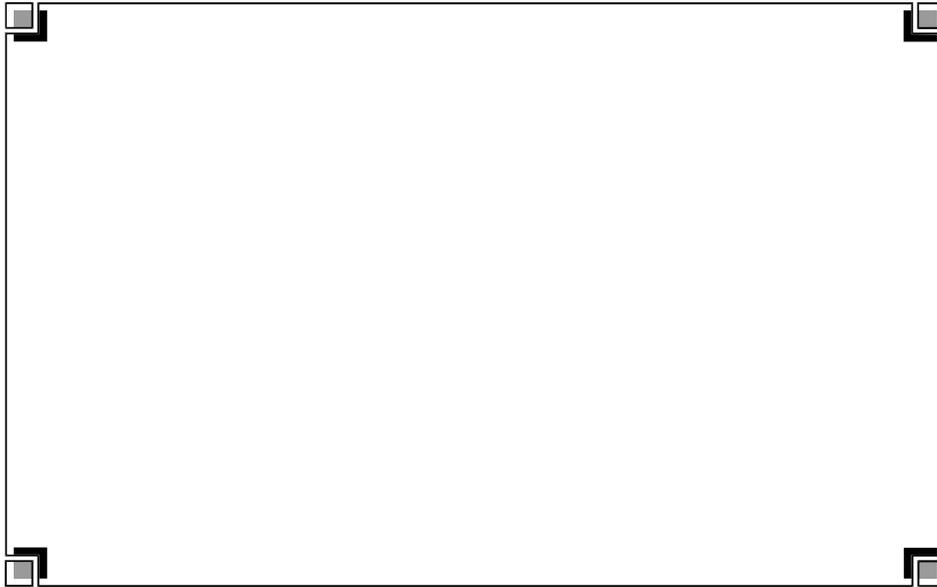
Fact is, we achieve this goal only by limiting the jurisdiction to crimes all countries could agree on. So we should focus on genocide, war crimes and crimes against humanity.

Fact is, if the ICC and the Security Council are not kept separate there will again be no broad-based support by Member States.

Please consider these facts so that we get the ICC online.

Thank you.

Am Morgen des zweiten Tages begannen die ersten informellen Treffen. Auf diese Verhandlungsmethode (*caucusing*) waren wir hingewiesen und trainiert worden. Kann jedoch eine Feuerwehrrübung auf einen Vulkanausbruch vorbereiten? Hatten wir uns durch die Festlegung der Tagesordnung am ersten Tag auf das Thema geeinigt, zeigte sich nun, daß die Frage, welcher Teil des Statuts des Strafgerichtshofes diskutiert werden sollte, überaus problematisch war. Die europäische Staatengruppe hatte große Schwierigkeiten, sich in den ersten drei (zwanzigminütigen) Treffen überhaupt auf ein Thema zu einigen, geschweige denn, hierzu inhaltliche Erwägungen vorzunehmen. Zwanzig bis dreißig hoch motivierte Delegierte standen nicht nur in einem Kreis, sondern drehten sich auch darin. Dementsprechend war der zweite Tag für die europäischen Staaten schnell vorbei. Wir wurden am späten Nachmittag mit dem ersten umfassenden und ausgewogenen Arbeitspapier der lateinamerikanischen Staatengruppe konfrontiert. Von da an war Norwegen nur noch damit beschäftigt, seine Vorstellungen in dieses Papier einfließen zu lassen, während andere Staaten sich offensichtlich nicht damit abfinden konnten, daß sie nicht zu den *Sponsors* eines Resolutionsentwurfes gehörten. Somit entstand ein zweites, fast inhaltsgleiches Arbeitspapier einer Gruppe von Staaten, welches zu dem absurden Ergebnis



GA 6th: Bernhard Braune und Hans-Hinrich Lindemann

fürte, daß wir im anschließenden Abstimmungsprozeß über sehr ähnliche Resolutionsentwürfe zu entscheiden hatten. Am dritten Tag schlug damit die Stunde der nordischen Bruderstaaten Schweden und Norwegen. In einer langen Diskussion (unserer Mittagspause von anderthalb Stunden) versuchten wir, die Sprecher der beiden Staatengruppen davon zu überzeugen, daß die Verabschiedung eines gemeinsamen Resolutionsentwurfes im Konsensverfahren (d.h., ohne förmliche Abstimmung) den größten Erfolg für den Ausschuß bedeuten würde. Der inhaltliche Unterschied der Arbeitspapiere war so gering, daß dieses Ziel greifbar nahe schien. Hier machten wir die Erfahrung, wieviel Geduld solche Verhandlungen erfordern und wie hart die Bandagen der erfahreneren Delegierten sein können. Leider sollte der in der Mittagspause mühsam ausgehandelte Kompromiß dann am Nachmittag keinen Bestand mehr haben, so daß in der Abstimmung am Ende des dritten Tages tatsächlich über zwei sehr ähnliche Resolutionsentwürfe befunden wurde. Diese Abstimmung war mit Anträgen zur Geschäftsordnung, anderen Tricks und Finten reichlich gesegnet und zog sich bis in den späten Abend hinein. Die nordischen Staaten waren am Ende etwas enttäuscht, daß das Ziel einer gemeinsamen Resolution nicht erreicht wurde, obwohl es möglich gewesen zu sein schien.

Humanitäre Intervention

In diesem Punkt hatte das Königreich Norwegen zusammen mit anderen Staaten, die sich um den internationalen Schutz der Menschenrechte verdient gemacht haben, ein hohes Ziel. Die heilige Kuh des Völkerrechts sollte zu Gunsten der Menschenrechte

einen Nasenring bekommen. Die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten einzuschränken, um Menschenrechtsverletzungen in einem Mitgliedstaat durch ausländische Truppen beenden zu können, war jedoch zuviel Veränderung auf einmal. Der Versuch der königlichen Delegation, wenigstens die Passage in den Resolutionstext aufzunehmen, daß Menschenrechtsverletzungen eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen können, um so Maßnahmen nach Kapitel VII der Satzung zu ermöglichen, schlug ebenfalls fehl. Der Resolutionsentwurf der Staatengruppe, die hier für eine wirkliche Weiterentwicklung des Völkerrechts eingetreten sind, wurde vom Sechsten Ausschuß nicht angenommen. Norwegen und die anderen Länder sind in diesem Bereich wohl sehr authentisch gescheitert, denn wir konnten feststellen, daß das Prinzip der nationalen Souveränität mit großer Vehemenz verteidigt wurde.

Auch der Versuch des königlichen Gesandten *Braune*, durch einen Redebeitrag im Plenum die Delegierten umzustimmen, konnte nicht gelingen.

Dear Delegates, Honourable Chair,

certainly, *I had the Time of my Life* here in New York. Unfortunately, not everyone in the world is as lucky as we are. I therefore would like to take up a point which has been raised by a lot of speakers here today. State sovereignty. We believe that there is a major misunderstanding about the concept of state. People do not organize themselves in a state in order to serve that state, but in order for the state to serve them. If the state does not fulfill that function anymore it loses its legitimacy.

Crisis are fast. They go like our Swedish neighbours sing *Crash, Boom, Bang*. If we do not help or help too late, millions of people will feel like *Walking on Broken Glass*. If we as a body support the merged papers, which is a draft resolution now, having been introduced by the EC and Nordic Countries, as well as Mongolia, New Zealand and others, then *Heaven is a Place on Earth*.

Thank You.

Der Vorsitzende des Sechsten Ausschusses, *Richard Engel*, der die Leitung mit großer Umsicht und Erfahrung ausübte, hatte die Delegierten zu Beginn des vierten Tages aufgefordert, Hits der 80er Jahre in ihre Reden einzubauen. Zunächst erschien es, als sei dieser Vorschlag aus einer etwas albernen Laune entstanden und wenig hilfreich. Es zeigte sich jedoch, daß die Stimmung der Delegierten, die nach dreieinhalb sehr anstrengenden Tagen auf einem Tiefpunkt angelangt war, schnell durch diese Anregung stieg. Besondere Unterstützung bekam der *point of order* eines Delegierten aus Ghana, denn der Hit *These Boots are Made for Walkin'* kommt nun wirklich nicht aus den 80ern. Damit konnte auch der letzte Tag im Ausschuß noch in guter (wenn auch nicht

ganz echter

UN-) Atmosphäre beendet werden.

In der Depesche an die Regierung seiner Majestät haben wir abschließend auch unsere Eindrücke geschildert:

Die Konferenz war hervorragend geeignet, uns die bei der UN gebräuchlichen Abläufe und Verfahren nahezubringen. Deutlich wurde, daß die von außen häufig kritisierte Schwerfälligkeit der UN vielmehr durch die Mitgliedstaaten verursacht wird, die entgegengesetzte Interessen verfolgen und vielfach nur begrenzt kompromißbereit sind. Im Zusammenhang mit den komplexen *Rules of Procedure* ist es somit nicht mehr überraschend, daß Fortschritte nur schwierig zu erreichen sind.

Das internationale Flair dieser Konferenz wurde dadurch getrübt, daß viele Vertreter sich nicht dem Charakter ihres Landes entsprechend verhielten, sondern so auftraten wie amerikanische Delegierte.

Zusammenfassend bleibt noch hervorzuheben, daß die Konferenz wie auch die gesamte Reise aufschlußreich war und einfach Spaß gemacht hat.



7.5 Norwegen in der Kommission für Soziale Entwicklung (CSD)

vertreten von Lena Corell und Meltem Kantarci

Kommission für Soziale Entwicklung

Der ECOSOC verfügt aufgrund seiner umfangreichen Aufgaben über eine Reihe von Nebenorganen. Die Kommission für Soziale Entwicklung (CSD) ist ein solches im Bereich der funktionalen Gremien. Bei der CSD handelt es sich um ein vorbereitendes und beratendes Gremium des Rats im gesamten Feld der sozialen Entwicklungspolitik.

Auf der diesjährigen Konferenz standen folgende Themen zur Diskussion:

1. Verringerung der Weltarmut
2. Erhöhung der Sozialen Integration
3. Förderung von Frauen

In der Eröffnungssitzung ging es zunächst darum, die Reihenfolge dieser Themen für die Tagesordnung festzulegen. Folgender Ablauf wurde beschlossen: 1., 3., 2.

Verringerung der Weltarmut

Ausgehend von der Erkenntnis, daß ökonomische Entwicklung allein nicht zur Verbesserung der Lebensverhältnisse führt, war uns wichtig, die in der 20/20 Initiative des *Social Summit* in Kopenhagen festgelegten Verpflichtungen zu realisieren. Dieses Konzept hebt die Wichtigkeit des sozialen Bereichs bei der Entwicklung hervor und soll gewährleisten, daß ein Teil der Entwicklungshilfe und der nationalen Etats der Entwicklungsländer zum Ausbau des Sozialen Sektors verwendet werden.

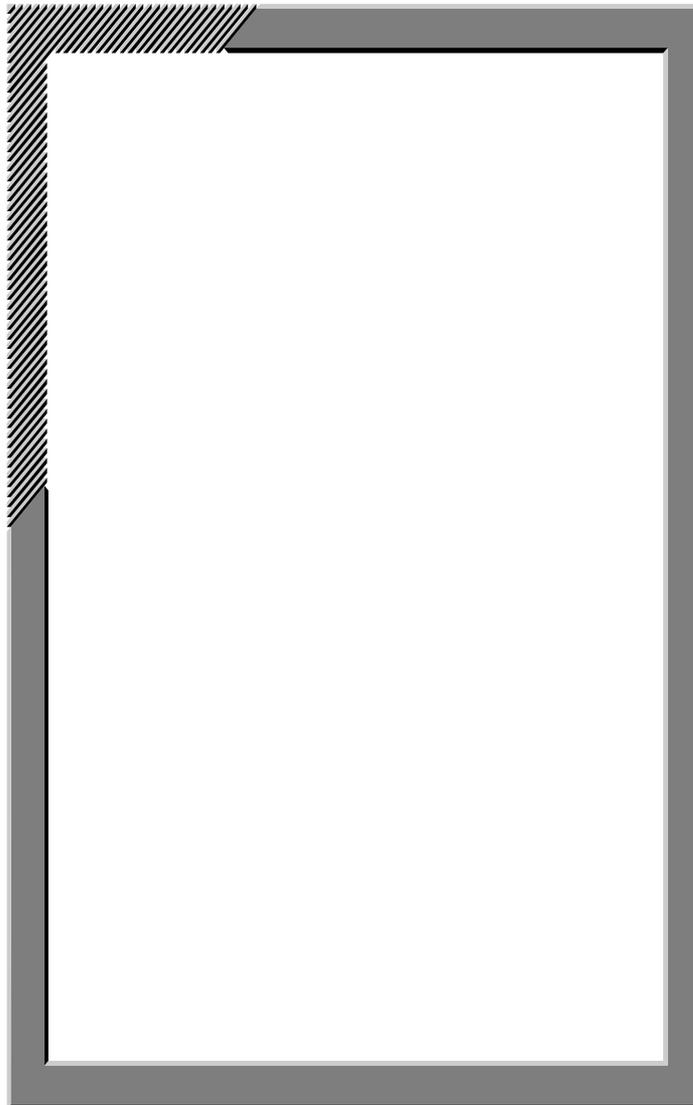
Einen weiteren zentralen Punkt bildete die Schuldenfrage. Da einige Länder nicht in der Lage sind ihre Schulden zurückzuzahlen, haben wir die Wichtigkeit von weiteren Maßnahmen im Sinne von Schuldenerlassen für die ärmsten Länder hervorgehoben. Desweiteren vertraten wir die Ansicht, daß für die meisten Länder Handel weitaus wichtiger ist als Entwicklungszusammenarbeit, um das für die Bekämpfung der Armut notwendige wirtschaftliche Wachstum herbeizuführen. Zugang zu den Märkten ist eine Grundvoraussetzung. Die Liberalisierung des Welthandels und die Öffnung der Märkte bzw. Minderung der Handelsbarrieren für Entwicklungsländer müssen daher vorangetrieben werden.

Förderung von Frauen

Die Behandlung des ersten Themas hatte soviel Zeit in Anspruch genommen, daß erst gegen Mittag des letzten Tages mit der Debatte des zweiten Themas begonnen werden konnte, welches für uns von besonderem Interesse war. Die Lage der Frauen in Entwicklungsländern ist dadurch gekennzeichnet, daß die Frauen einen niedrigeren Status

als die Männer haben und weitaus schlechtere Lebensbedingungen erdulden müssen. Die gesetzliche Verankerung von Frauenrechten und ihr Schutz in den jeweiligen Nationen ist daher unbedingt erforderlich. Im Verlauf der Diskussion setzten wir uns stark für die Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen des Lebens ein. Insbesondere ging es uns darum, daß der Zugang für Frauen zu ökonomische Ressourcen verbessert wird und sie verstärkt in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen eingebunden werden. Der Möglichkeit, Schulbildung gleichberechtigt zu erhalten, ist hierbei ein Grundvoraussetzung.

Ferner ist die Einführung von speziellen Bildungsprogrammen für Frauen und Mädchen unbedingt erforderlich. Auch bei der Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen sollte verstärkt auf die Rechte der Frau geachtet werden.



Insgesamt fanden die Diskussionen in einem relativ angenehmen Arbeitsklima statt, da allen Beteiligten bei grundlegenden Fragen an einem Konsens gelegen war. Vor diesem Hintergrund ist auch die vergleichsweise schnelle Verabschiedung der Resolutionen zu sehen. Außerdem wurden sie in der Regel mit überwältigender Mehrheit angenommen. Abschließend läßt sich sagen, daß Norwegen mit den Ergebnissen der Konferenz zufrieden sein kann. Die unter 1. und 3. genannten Punkte konnten alle in die Resolutionen eingebracht werden.

7.6 Norwegen im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) vertreten von Susanne Paul

United Nations Development Programme

Resultierend aus dem Zusammenschluß des *Expanded Programme for Technical Assistance* (EPTA) und dem *United Nations Special Fund*, wurde 1966 das *United Nations Development Programme* (UNDP) gegründet. Ziel der Gründung war die Schaffung einer zentralen Autorität für die technische Entwicklungshilfe innerhalb der Vereinten Nationen. Aufgrund der politischen Situation Ende der 60er Jahre, bezogen auf die Entkolonialisierung und der damit verbundenen Entstehung von stimmberechtigten Nationalstaaten, deren Ökonomie strukturell unterentwickelt war, wurde unter anderem ein Koordinationsprogramm für technische Entwicklungshilfe ins Leben gerufen.

1997 umfaßte die Tagesordnung des UNDP drei Themen, und es galt Konsensentscheidungen zu fällen:

1. UNDP und die Umsetzung der Agenda 21
2. Bekämpfung der Armut
3. Die Umsetzung der Habitat II Konferenz

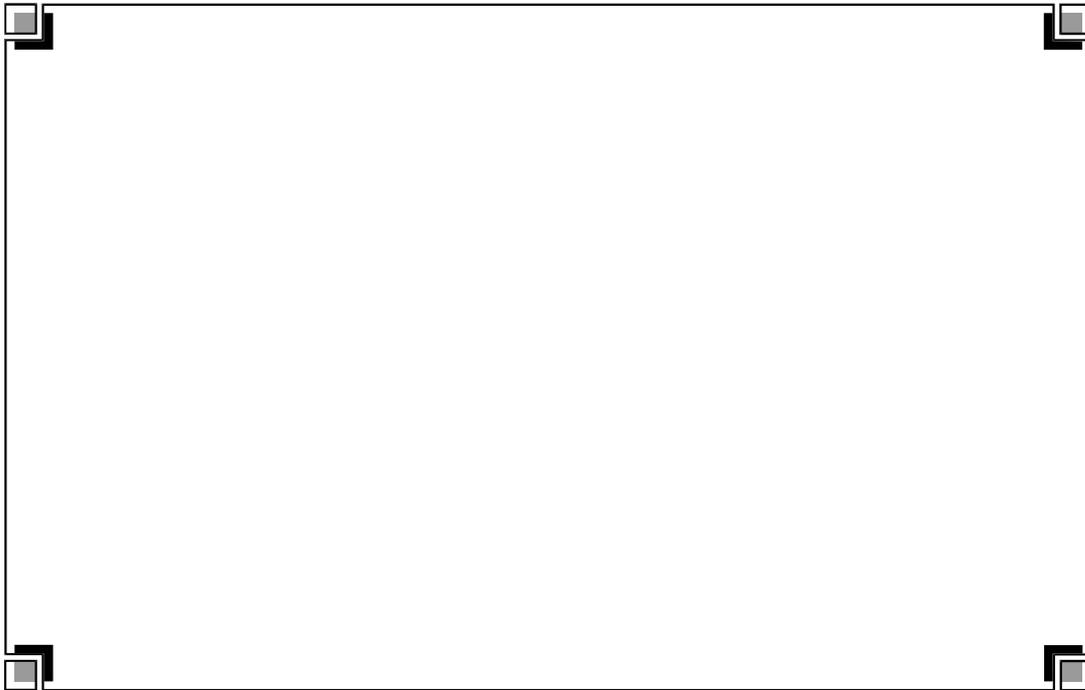
Den ersten Sitzungstag verbrachten wir mit der Erarbeitung der Tagesordnung, die für die gesamte Konferenz galt. Hier ergaben sich erste Interessenskonflikte zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern. Nach langen Diskussionen setzten die entwickelten Länder ihre Vorstellungen durch und die Themen wurden in der o.g. Reihenfolge behandelt. Wesentliche Fortschritte während der Konferenz wurden vorwiegend in Gesprächsrunden erzielt.

Agenda 21

Hier konnten vor allem die nordischen Staaten nach zähen Verhandlungen ihre Vorstellungen einbringen. Wichtig erschien es Norwegen, die zukünftige Umsetzung der *Agenda 21* deutlich zu beschreiben. Zum einen in Form einer international agierenden UNDP, deren Aufgaben vor allem in der Planung und Koordination genereller übergreifender Programme liegen sollte. Zum anderen sollten die vorhandenen nationalen Büros des UNDP ausgebaut und zu effektiverem Arbeiten motiviert werden, hier seien nationale Assistenz, eine Langzeitplanung und die Förderung einer von "bottom to top" Entwicklung, genannt. Trotz aller Schwierigkeiten, die genannten Punkte deutlich zu machen, konnte Norwegen in Zusammenarbeit mit den nordischen Staaten seine volle Zustimmung zu den getroffenen Entscheidungen geben.

Bekämpfung der Armut

Die Diskussionen des als zweiten Tagesordnungspunkt aufgerufenen Themas wurden durch die Entwicklungsländer dominiert. Dennoch gelang es Norwegen, viele grundsätzliche Aspekte in das verabschiedete Papier einzubringen. Auch hier können wesentliche Übereinstimmungen in den angestrebten Zielen der nordischen Staaten festgehalten wer-



den. Für Norwegen war es wichtig, die Verbindung von Ökonomie und sozialen Entwicklungen deutlich zu machen, ebenso die Rolle der Frauen bei der Bekämpfung der Armut hervorzuheben und Möglichkeiten effektiven Umweltmanagements anzubringen. Allen zum zweiten Punkt getroffenen Entscheidungen konnte Norwegen zustimmen. Aufgrund der sehr kontroversen Diskussionen und der Komplexität der ersten beiden Themen konnte das dritte Thema nicht mehr angesprochen werden. Generell wurden alle Entscheidungen in einer freundschaftlichen Atmosphäre der Staaten untereinander getroffen. Die Arbeit des Komitees entsprach den Vorgaben (*Rules of Procedure*), war effizient und realitätsnah.

7.7 Norwegen im Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

vertreten Henrik Moritz und Florian Drücke

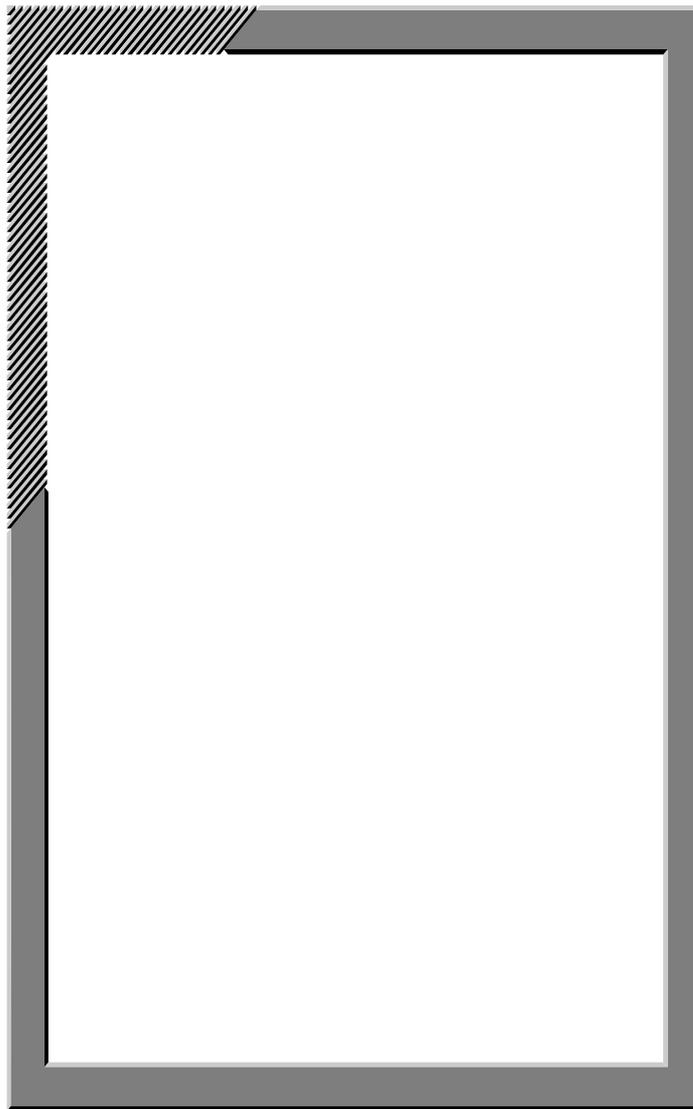
UNICEF

UNICEF wurde bereits im Jahre 1946 von der Generalversammlung gegründet, um die Kindern im kriegszerstörten Europa mit Medikamenten, Kleidung und Nahrungsmitteln zu versorgen. 1953 erfolgte die Umbenennung in „Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen“ - *United Nations International Children's Emergency Fund*. UNICEF widmet sich seither der Hilfe für Kinder weltweit.

Auf der diesjährigen Konferenz standen die folgenden Themen auf der Tagesordnung:

1. Ausbildung: In Richtung 21. Jahrhundert
2. Kriegskinder
3. Ein Rückblick auf die Konvention zum Schutze der Rechte des Kindes

Die Sitzung des UNICEF begann am 25. März mit der Verabschiedung der Tagesordnung. Es wurde hierbei beschlossen, zuerst das Thema „Ausbildung: In Richtung 21. Jahrhundert“, dann das Thema „Kriegskinder“ und zuletzt „Ein Rückblick auf die Konvention zum Schutze der Rechte des Kindes“ zu behandeln. Diese Reihenfolge entsprach leider nicht unserem Wunsch. Wir hatten vor, mit der Konvention zum Schutze der Rechte des Kindes zu beginnen, da dies unserer Meinung nach die Grundlage für die weiteren Themen darstellte.



UNICEF: Henrik Moritz und Florian Drücke

Ausbildung: In Richtung 21. Jahrhundert

Der Rest der ersten Sitzung wurde damit verbracht, zunächst die Schwerpunkte des ersten Themas herauszuarbeiten. Das Komitee war sich schnell einig, daß die Schwerpunkte in der Ungleichbehandlung der Geschlechter, der Kinderarbeit und der Ausbildung der Lehrer liegen.

Am folgenden Tag wurden in kleinen Gruppen Arbeitspapiere erstellt. Hierbei haben wir es von Anfang an geschafft, eng mit unseren nordischen Partnern zusammenzuarbeiten und weitere Vorgehensweisen zu koordinieren. Wir legten besonderen Wert auf die 20/20 Initiative, die alle Spendennationen dazu verpflichtet 20% ihrer Entwicklungshilfe für die soziale Entwicklung aufzuwenden. Im Gegenzug müssen sich auch

die Empfängerstaaten dazu verpflichten, 20% ihres Landeshaushalts für soziale Bedürfnisse zu verwenden.

Am 27. März lagen schließlich vier Entwürfe zur Abstimmung vor. A/1, der die Schaffung einer Datenbank mit Beispielen von Ausbildungsprogrammen vorsah, wurde mit vier Enthaltungen angenommen. A/2, der die 20/20 Initiative enthielt, scheiterte leider daran, daß die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen stimmten. Dies hatte sich schon im Laufe des Vortages abgezeichnet und zeigte uns einmal mehr, wie schwer es ist, in einem *Consensus-Body* etwas mehr zu fordern. A/3, der sich hauptsächlich damit befaßte, die Ausbildung zugänglicher zu machen und sich auch mit Fragen der Finanzierung beschäftigte, wurde mit fünf Enthaltungen angenommen. A/4, der ein *Educational Outreach Program* vorschlägt, das sich an den amerikanischen *Peace Corps* orientiert, wurde ebenfalls mit fünf Enthaltungen angenommen.

Kriegskinder

Nach der Abstimmung ging es direkt weiter mit dem nächsten Thema. Wir betonten gleich in unserem ersten *policy statement*, daß uns ein striktes Verbot von Landminen und die Anhebung des Mindestalters von Soldaten auf 18 Jahre besonders wichtig sind. Diese Politik vertraten auch unsere nordischen Partner. Der Tag endete, nachdem so ziemlich jedes Land seine Positionen klar gemacht hatte und somit absehbar war, wo die Schwerpunkte in der Diskussion am nächsten Tag liegen würden.

Der vierte Tag begann mit der Arbeit an den Arbeitspapieren. Hierbei bildeten wir mehrere kleine Gruppen, die sich jeweils mit bestimmten Schwerpunkten des Themas befaßten. Das erwies sich als sehr praktisch, da man so bestimmte Aspekte einzeln besprechen konnte und nicht an einem Entwurf „herumfeilen“ mußte, der alle diese Aspekte abdecken muß. Leider war die Zeit bis zur Abstimmung sehr kurz, so daß der Entwurf, der uns besonders am Herzen lag, nämlich der zur Abschaffung von Landminen, nicht bis zur Abstimmung fertig wurde. Trotzdem gab es insgesamt fünf Entwürfe, die letztlich zur Abstimmung vorlagen. B/1 unterstützte besonders die stärkere Einbindung von Frauen als Hilfsarbeiter. Außerdem enthielt er den Vorschlag, Eltern, die ihre Kinder verloren haben, z.B. durch das Veröffentlichen von Fotos das Wiederfinden zu erleichtern. B/2 befaßte sich hauptsächlich mit der Rehabilitation von Kriegskindern, B/3 mit Kindern, die durch den Krieg ihre Eltern verloren haben. B/4 regte eine stärkere Zusammenarbeit mit den Medien an, die sich insbesondere in Zeiten von Konflikten für das Wohl der Kinder einsetzen sollen. B/5 unterstrich die Notwendigkeit von Friedenszonen, die besonders in der Nähe von Religionsgebäuden, Krankenhäusern, Schulen,

Kinderheimen und Flüchtlingslagern eingerichtet werden müssen. Bis auf B/4, bei dem sich fünf Länder enthielten, wurden alle Entschlüsse einstimmig angenommen.

7.8 Norwegen in der Welthandelsorganisation (WTO)

vertreten von Stefanie Welter und Kai Jenderny

Die Welthandelsorganisation

Die 1995 gegründete WTO wurde 1997 erstmals als "vollständiges" Komitee vertreten, d.h. daß nahezu alle der 124 Mitgliedstaaten mit einem oder mehreren Delegierten vertreten waren. Dabei sollte ein Treffen der Handelsminister der Mitgliedstaaten simuliert werden, wie es erst kürzlich in Singapur stattfand.

Zur Diskussion standen die Themen

1. Ministerialentscheidung betreffend Teile des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte des Rechts des geistigen Eigentums (*Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights - TRIPs*);
2. Harmonisation von Multilateraler und Regionaler Handelspolitik
3. Erweiterte Verhandlungen in dem *General Agreement on Trade in Services* (GATS)

Durch die beschlossene Reihenfolge der Tagesordnung ergab sich, daß das Thema GATS nicht mehr behandelt werden konnte.

Die Arbeit des Komitee war vom ersten Tag an von großer Arbeitsamkeit geprägt. Viele gut vorbereitete Teilnehmer waren in der Lage, in kürzester Zeit Vorschläge für die Ministeriellen Entscheidungen zu entwerfen. Den europäischen Teilnehmer, dem UN-Simulationen bisher unbekannt waren, überraschte dabei vor allem die große Professionalität in der Arbeitsweise und Präsentation der Ergebnisse, sowie der Vorrang, den gelegentlich die Quantität vor der Qualität der Produkte zu haben schien. So wurden die Hauptprobleme in den meisten Fällen denn auch eher angerissen als ausführlich diskutiert.

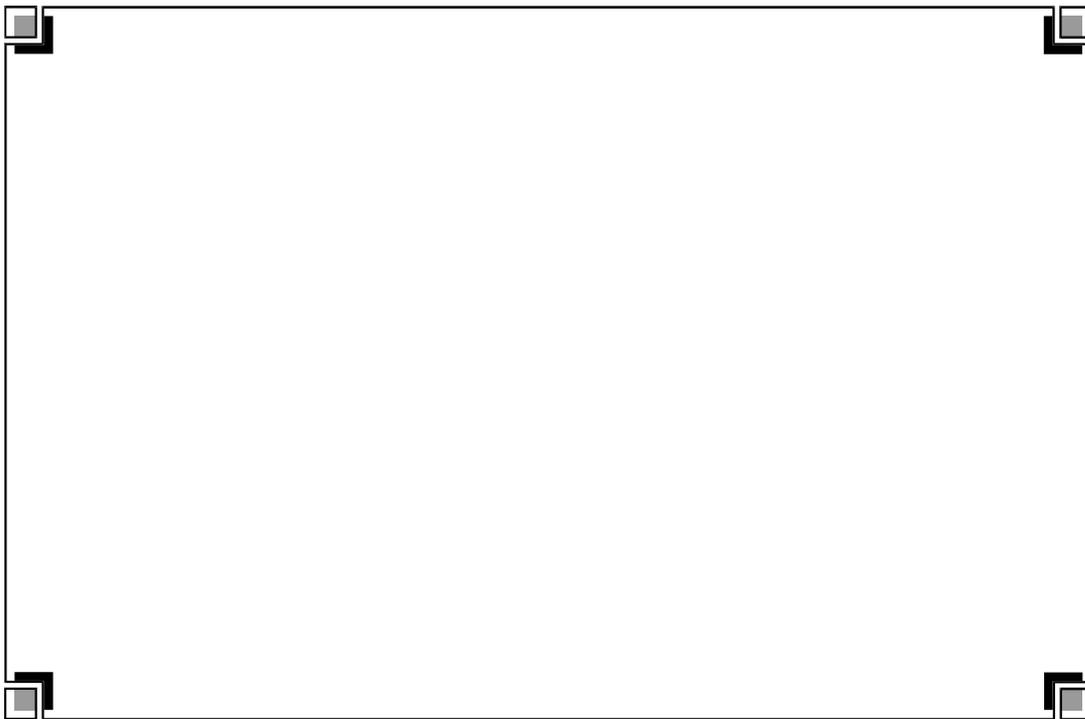
TRIPs-Übereinkommen

Im Bereich des TRIPs-Übereinkommens zeigte sich eine Vorliebe der Teilnehmer, neue Gremien zu institutionalisieren, um Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Übereinkommens zu unterstützen. Es fanden Konzepte Anklang, die eher auf eine freiwillige stufenweise Erhöhung der Standards zielten als auf die Durchsetzung mit Zwangsmitteln.

Hinsichtlich regionaler und multilateraler Handelsabkommen bestand überraschend schnell Konsens, daß regionale Abkommen geeignet und wünschenswert seien, zu weiterer weltweiter Harmonisierung und Liberalisierung des Handels beizutragen.

Die Standpunkte der Entwicklungsländer wurden in allen Ministerentscheidungen gewürdigt, wenn auch einige dieser Entwicklungsländer bzw. die sie vertretenden Gruppen sehr stark von westlichen Werten und Konzepten geprägt waren.

Die kulturellen und sozialen Fragen der Globalisierung und das Problem der pauschalen Übertragung westlicher Werte auf Länder mit alter eigener Tradition konnte auf einer solchen relativ kurzen Veranstaltung nicht zur Sprache kommen. Was hier simuliert und geübt wurde, war vor allem das schnelle Erarbeiten mehrheitsfähiger Konzepte. Die größte Herausforderung war es wohl, in einem Komitee aus 130 sehr unterschiedlich vorbereiteten Teilnehmer, die zum größten Teil in ihrer Muttersprache kommunizierten, die eigenen Vorstellungen in kürzester Zeit zu vermitteln und sprachliche Defizite durch bessere Argumente und ausdauernde Lobbyarbeit auszugleichen. Nachdem wir uns in das System eingefügt hatten, ist uns dies bei den meisten Themen gelungen, auch wenn wir uns in vielen Bereichen eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Delegierten gewünscht hätten.



7.9 Norwegen in der NATO

vertreten von Sachka Stefanova und Volker Holtfrerich

Die NATO

Die *North Atlantic Treaty Organization* wurde am 4. April 1949 als ein kollektives Verteidigungsbündnis entsprechend Artikel 51 der UN-Charta gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch das Königreich Norwegen. Für die Bundesrepublik Deutschland trat der NATO-Vertrag am 6. Mai 1955 in Kraft. Die zwei Hauptfunktionen der NATO finden sich in dem sogenannten *Harmel*-Bericht vom 14. Dezember 1967: die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Verbesserung der politischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle.

Schon lange vor dem eigentlichen Beginn der Konferenz stand bereits fest, um welchen dominierenden Themenkomplex es sich handeln würde: die NATO beschäftigt sich noch immer mit den langfristigen Konsequenzen der veränderten geopolitischen Lage nach dem Fall des Kommunismus und des „Eisernen Vorhangs“ bzw. dem Ende des Warschauer Paktes. Wie die Struktur, Form und Organisation der Allianz in Zukunft aussehen soll, darüber sollten sich die Repräsentanten der 16 Mitgliedstaaten sowie der PfP (*Partnership for Peace*) Staaten Gedanken machen. Die drei zu diskutierenden Themen

1. Das neue Strategische Konzept der Allianz
2. Erweiterung der Mitglieder
3. Überprüfung der Militärstrukturen, *Combined Joint Task Forces* - CJTFs

wurden zum Beginn jedoch nach einem klaren Abstimmungserfolg in ihrer Reihenfolge verändert. Auch wir, als Vertreter Norwegens, haben uns dafür stark gemacht, anstelle des Themas „The Alliance’s New Strategic Concept“ zunächst die Problematik zu diskutieren, die spürbar für den Großteil der Teilnehmer zentrale Priorität besaß: „Expansion of the Alliance’s Membership“, also die sogenannte Osterweiterung der NATO.

Die Osterweiterung des Bündnisses

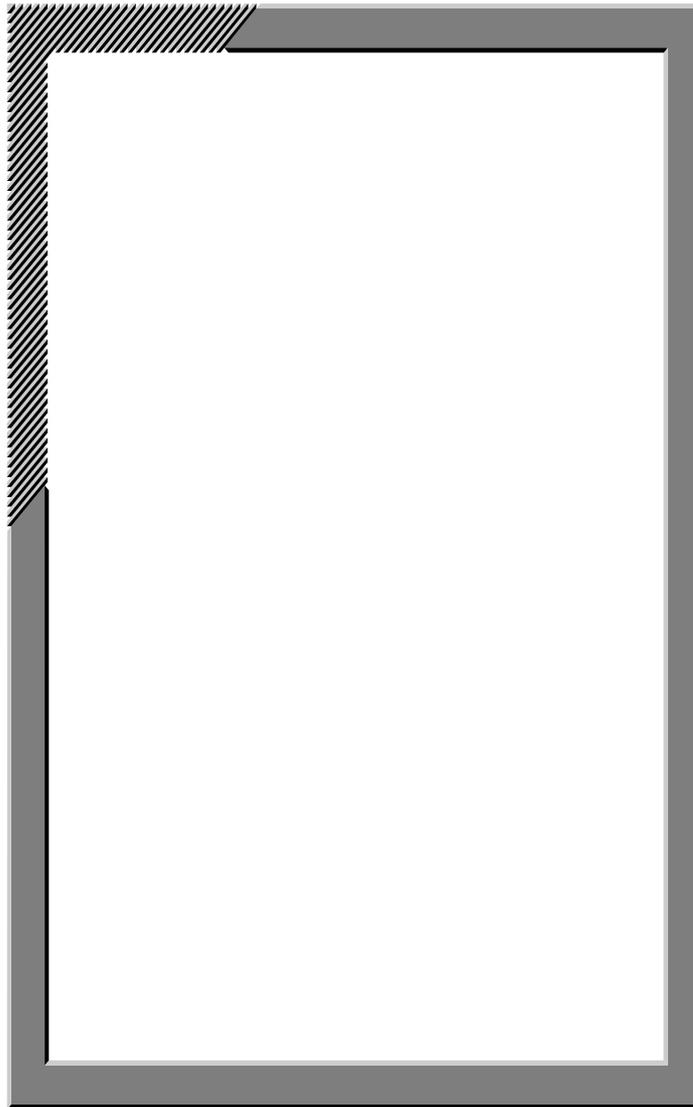
Die Positionen Norwegens waren von vornherein klar formuliert: ein klares „Ja“ zur Osterweiterung des Bündnisses mit dem Ziel der langfristigen Friedenssicherung in ganz Europa sowie die gleichzeitige Abstimmung mit der Russischen Föderation, um Konfliktpotential auf diplomatischen Wege sichtbar und faßbar zu machen. Ein Ausgleich in dieser Frage mit Rußland war für Norwegen von entscheidender Bedeutung. Von Beginn an schienen die Positionen klar definiert zu sein. die NATO-Mitglieder waren sich über die Osterweiterung im Prinzip einig, es ging lediglich um das „wann

und wie“. Norwegen vertrat die Linie, die am Ende sich durchsetzen konnte, d.h. die Aufnahme nicht von einheitlichen Kriterien abhängig zu machen, statt dessen für jedes potentielle Neumitglied eine sog. „*case by case study*“ durchzuführen, also die Neuaufnahme stets in Einzelfällen zu beschließen. Rußland würde eine Partnerschaft angeboten, ohne daß es jedoch ein Stimmrecht im Atlantischen Rat zugesprochen bekäme. Schnell stellte sich heraus, daß durch die Tatsache, daß die NATO-Konferenz einen „*consensus body*“ darstellt, eine einfache oder absolute Mehrheit nicht ausreichte, um Resolutionen zu beschließen. Der Drang zum Konsens war also stets das wichtigste Ziel, um diese Chance der Abstimmung der einzelnen Mitglieder auf gemeinsame Konzepte nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Praktisch bedeutete dies, es jedem Mitglied schließlich recht machen zu müssen, was nicht gerade zu einer der leichtesten Übungen wurde. Daß es jedoch nach langer und insgesamt wohl beeindruckender Überzeugungsarbeit dennoch gelang, sämtliche Mitglieder schließlich zu einem Konsens in der Frage der Osterweiterung zu bewegen, erfüllte die Teilnehmer mit einem um so größeren Gefühl der Genugtuung und Befriedigung.

Combined Joint Task Forces

Der zweite Themenkomplex drehte sich ausschließlich um die Aufstellung einer neuen multinationalen militärischen Kampftruppe: „Review of Military Structures - CJTF's (Combined Joint Task Forces)“. Dieser neuzuschaffende Kampfverband soll dazu dienen, militärische Eskalationen von politischen und ethnischen Konflikten in Europa in Zukunft zu verhindern. Wichtigster Punkt hierbei sind die permanente Einsatzbereitschaft dieser Verbände innerhalb kürzester Zeit, die internationale Zusammensetzung dieser Einheiten, die im Vorfeld gemeinsam auf ihre Aufgaben vorbereitet werden sowie die einheitliche Stationierung dieser Eingreiftruppen, um dadurch ihre ständige Breitschaft zu gewährleisten. Sichtbar war für alle Teilnehmer der Drang, durch diese Maßnahmen einen erneuten Bürgerkrieg, wie ihn Europa zuletzt im ehemaligen Jugoslawien erlebt hat, in Zukunft von vornherein unmöglich zu machen.

Norwegens Position war von vornherein klar: alle Maßnahmen, die Kooperation und internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Konfliktvermeidung zu intensivieren und auszubauen, wirken deeskalierend und gewährleisten das Vertrauen und das friedliche Zusammenleben innerhalb eines Kontinents. Von dieser Prämisse ausgehend, war eine Zustimmung Norwegens zu den militärischen Reformmaßnahmen beschlossene Sache.



Die NATO-Delegation: Sachka Stefanova und Volker Holtfrerich

Die größte Hürde, um dieses Ziel durchzusetzen, war die Problematik der Kommandostruktur dieser neuzuschaffenden Einheit. Von den NATO-Mitgliedern war frühzeitig signalisiert worden, daß es auch Mitgliedstaaten des „*Partnership for Peace*“ Programms (PfP) möglich gemacht werden soll, an diesem Unternehmen aktiv teilzunehmen. Das warf nun unweigerlich die Frage nach der Befehls- und Kommandostruktur auf, da auf beiden Seiten Vorbehalte deutlich wurden, z.B. russische Soldaten NATO-Generälen zu unterstellen, andererseits russischen Befehlshabern NATO-Truppen unterzuordnen. Nach zähen Verhandlungen konnte jedoch auch hier zumindest auf dem Papier ein Verhandlungsergebnis erzielt werden, das die Kooperation in Europa in Zukunft erleichtern soll: keine Truppen sollen direkt ausländischen Befehlshabern unterstellt werden, jedoch bleibt die Koordination und der Oberbefehl in den Händen der NATO Führungsstruktur. Ein gelungener Kompromiß, der langfristig militärische Ko-

operation in Europa gewährleistet. Dementsprechend zufrieden zeigten sich sämtliche NATO-Mitglieder auch nach der erfolgreichen Verabschiedung der Resolutionen zu diesem Themenkomplex.

All die aufreibenden Diskussionen und schwierige Verhandlungen ließen uns leider keine Zeit mehr für das letzte Thema “The Alliance’s New Strategic Concept“, das un-
bearbeitet gelassen werden mußte.

Die erfolgreichen Verhandlungen zu den ersten beiden Problematiken hat die Konsensfähigkeit des Bündnisses unter Beweis gestellt, und das erfreute das Herz des Unterhändlers. Die Konferenz hat uns die Möglichkeit gegeben, für kurze Zeit in die Rolle des Diplomaten zu schlüpfen, was zweifellos eine sehr bereichernde Erfahrung für uns war, die wir jedem, der die Chance hat, nur wärmstens ans Herz legen möchten. Zum Schluß noch eine letzte Bemerkung: die Kooperation innerhalb der Nordischen Staaten funktionierte in unserem Gremium hervorragend. Die Abstimmung mit den übrigen Skandinavien hatte stets erste Priorität, und das gemeinsame Auftreten verlieh unserem Anliegen zusätzliches Gewicht.

Insgesamt ein Erfolg auf ganzer Linie: diplomatisch die Durchsetzung norwegischer Positionen und menschlich um mehr als eine positive Erfahrung reicher.

Working Paper

Committee: GA 1st

Subject: The Disarmament of Chemical and Biological Weapons

Sponsored by: Norway, Lithuania, Sweden, Finland, Iceland, Canada,

The General Assembly,

Recalling all its previous resolutions related to this matter,

Promoting disarmament of chemical and biological weapons as a means of attenuating the threat of mass destruction,

Noting with satisfaction that there are one hundred and thirty nine States parties and seventy Member States that have currently ratified the Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on their Destruction,

Reaffirming that under any circumstances the use, development, production and stockpiling of such weapons is prohibited,

Committed to assisting the international community in disarming chemical and biological weapons as a way of promoting international security and peace,

Looking toward the Chemical Weapons Convention and the Biological Weapons Convention as a means to combat non-compliance by member states and to encourage strict observance by all parties,

Believing compliance with existing agreements and international law can *inter alia* facilitate disarmament and strengthen world peace and security,

Recognizes the UN center of information, formation, and analysis (CIFA) as introduced GA I/10 as the depository of relevant treaties regarding the limitation of disarmament and biological weapons,

Deeply satisfied that the Convention on Chemical Weapons will enter into force on April 29, 1997, after the ratification of the Convention by sixty five Signatory States,

1. Reaffirms that the use of such weapons by the States Parties to the Biological Weapons Convention is a violation of the Convention and is extremely detrimental to the world population and each sovereign nation as it travels through the environment;

2. Notes that Member States that are a party to the Conventions should consider ways to ensure that independent entities are excluded from acquisition of biological and toxin materials for other than peaceful purposes in pursuant to furthering international peace and security of the global environment;

3. Calls upon CIFA as well as other mechanisms that are currently in place to universalize inspection and verification methods;

4. Considers that a world wide data bank is a suitable way to facilitate the flow of information in areas relevant to both Conventions;

5. Considers also the establishment of a linked verification regime for both Conventions including on-site investigations;

6. Supports the creation of Demilitarization Fund financed through voluntary contributions from member states and the various NGO's;

(a) This will occur when considering the costs of disarmament of chemical and biological weapons it is essential that the costs of effective environmental safeguards also be taken into consideration;

7. Urges the method of disarmament for any given chemical or biological weapon must be selected on a case by case basis in order to determine the most environmentally sound method of disposal;

8. Calls upon all States that have not done so yet to sign and/or to ratify the Conventions;
9. Encourages the research of waste disposal methods and investigation of waste sites to ensure safety to our planets water land and air supplies and prevention of disposal of waste outside ones own national boundaries;
10. Decides to set this item on the agenda of the next session of the General Assembly.

Resolution

Committee: GA 1st

Subject: Technology Transfer

Sponsored by: Denmark, Finland, Iceland, Norway, Sweden

The General Assembly,

Recalling its previous resolutions on the subject of the role of science and technology,

Recognizing that scientific and technological developments could have both civilian and military applications,

Being aware of the need to follow closely the scientific and technological developments that may have a negative impact on international security,

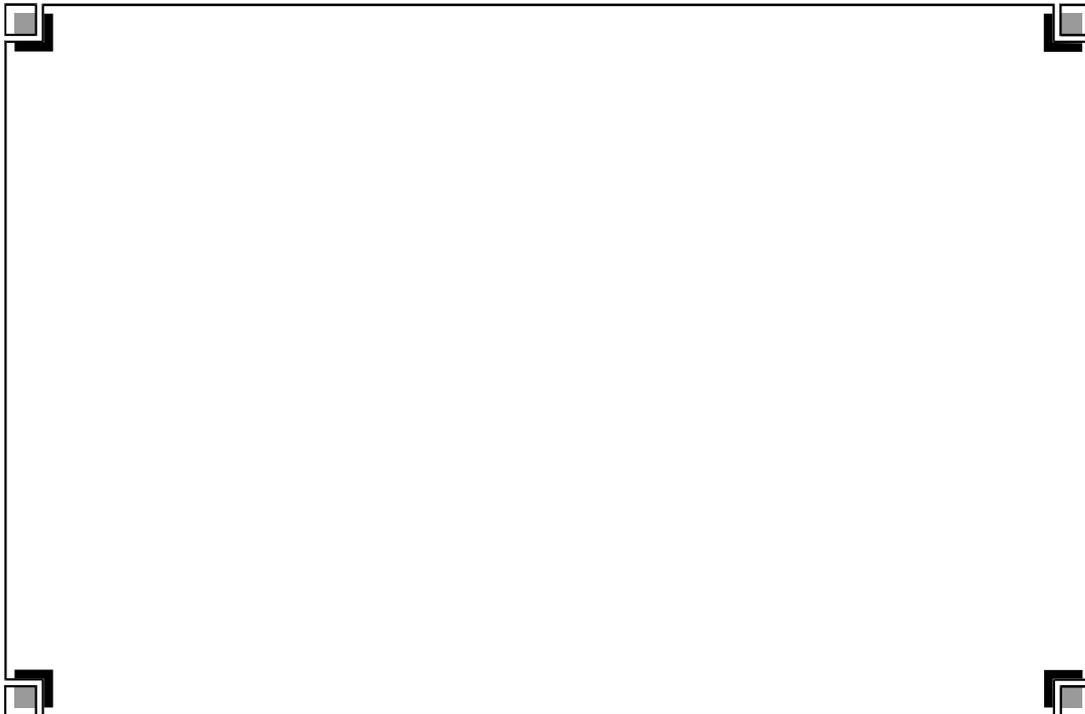
Cognizant that the international transfers of dual-use products for peaceful purposes are important for the economic and social developments of States,

1. Affirms that scientific and technological should be used for the benefit of all mankind to promote the sustainable economic and social development;
2. Calls upon the concerned Organizations in the UN system to establish guidelines for a non-discriminating database on technology transfer;

3. Urges all Member States to cooperate in the fields of science, culture, trade, education and other related fields.

4. Calls For the implementation of a regional monitoring system within the existing framework of NGO monitoring agencies,

5. Places full support behind any measure which would modify the existing IAEA in the direction of the above mentioned proposals.



Die Norwegische Delegation verabschiedet sich: v.l.n.r. Ekehart Urban, Joe Wingler, Henrik Moritz, Hans-Hinrich Lindemann, Kai Jendemy, Florian Drücke, Holger Wettingfeld, Lena Corell, Peggy Wittke, Pascal Jentsch, Sachka Stefanova, Bernhard Braune, Susanne Paul, Volker Holtfrerich, Stefanie Welter, Alexander Pfennig, Meltem Kantarci, Mark Bürgin